

Landesinfo Baden-Württemberg



Vor hundert Jahren begann der Erste Weltkrieg. Auch heute ist der Kampf gegen Krieg und Militarismus leider immer noch aktuell: Im Bild eine Aktion beim Ostermarsch 2014 vor der amerikanischen Zentrale für Kriegeinsätze in Europa und Afrika in Stuttgart-Möhringen.

Europa und kommunal
Positive LINKE-
Wahlergebnisse s. 4

Kommunalserie
Wiedergewählte
und Neue ... s. 8

Tübingen
Mietspiegel und
Sanierungen
treiben Mieten s. 12

Mannheim
Gemeinschaftsschu-
le vergessen? s. 12

Bundestag
Kampf um
Mindestlohn s. 14

1. September 2014
„Nie wieder
Krieg!“ s. 22

Inhalt

■ ■ ■ ■
Linke Parteien mit Rückenwind im
Europaparlament 4

■ ■ ■ ■
LINKE BW: Vom „Zwerg“ zur
„kleinen Partei“ 5

■ ■ ■ ■
Als Tabelle: Kommunale Wahl-
ergebnisse der LINKEN 6

■ ■ ■ ■
„Pflege am Boden?“. Der Protest
muss lauter werden 15

■ ■ ■ ■
Konstanz: Soli-Party für Asyl-
Bündnisse 16

■ ■ ■ ■
Enquete-Kommission zum NSU ist
eine Farce! 17

■ ■ ■ ■
Kritik am neuen Landes-
personalvertretungsgesetz 18

■ ■ ■ ■
Fracking für die Freiheit 19

■ ■ ■ ■
Gastbeitrag aus Frankreich:
Der Ökosozialismus 20

Das nächste Landesinfo erscheint im Oktober
2014.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 2/2014 ist
der 15. September.

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan
der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es
erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug
des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Beilagenhinweis: „Klar“, Zeitung der Bundes-
tagsfraktion DIE LINKE

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-
Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.
0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@
die-linke-bw.de

Redaktion: Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard
Strasdeit (verantw.), Walter Kubach und Matthias
Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilun-
gen, Protokolle und Adressen ist der Landesvor-
stand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, Lese-
rInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich
willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung
besteht nicht.

Herstellung: GNN Verlagsgesellschaft, e-mail:
alfred.kuestler@gnn-verlage.com

Druck: Kössinger AG, 84069 Schierling

Landesparteitag am 6./7. Dezember 2014

Der nächste Landesparteitag findet auf Beschluss des Landesvorstandes am 6. und 7. Dezember in Stuttgart-Bad Cannstatt statt.

Die für die 1. Tagung im letzten November gemeldeten Delegierten sind für zwei Jahre gewählt und weiter im Amt.

Kreisverbände, die Delegierte nachnominieren, müssen diese in der Landesgeschäftsstelle anmelden.

Präsidium Landesausschuss:

Der Landesausschuss hat am 30. März ein neues Präsidium gewählt. Diesem gehören an:

Anni Böse, Carsten Labudda, Frederico Elwing, Jochen Dürr, Kathleen Kamprath und Gudrun Glemser.

Die nächste Beratung des Landesausschusses findet am 19. Oktober statt.

Mitgliedsbeiträge und Spenden für den weiteren Parteaufbau

Liebe Genossinnen und Genossen,
bei den Kommunalwahlen in Baden-
Württemberg konnte die Anzahl linker
Mandate von 65 auf 113 erhöht werden.
Bei den Europawahlen erhielt die LIN-
KE 3,6%. Sie konnte 28.255 Wählerin-
nen und Wähler und damit 0,6 % dazu
gewinnen.

Das zeigt, wir sind zwar auf dem
richtigen Weg, aber der Weg zur Über-
windung der 5%-Marke bei den Land-
tagswahlen 2016 ist noch weit.

Der Einzug in den Landtag in Baden-
Württemberg ist unser nächstes Ziel.

Nur wenn uns in der sehr kurzen Zeit
der nächsten eineinhalb Jahre ein wei-
terer zielstrebigere Organisationsaufbau
und die Entwicklung einer wachsenden,
flächendeckenden politischen Präsenz in
ganz Baden-Württemberg gelingt, nur
dann hat DIE LINKE eine Chance,
nach den Landtagswahlen im Frühjahr
2016 im Landtag in Baden-Württemberg
vertreten zu sein. Das bedeutet Ausbau
unserer Infrastruktur im ganzen Land,
Sicherung und weiterer Ausbau unserer
Regionalbüros, Sicherung und weiterer
Ausbau unserer Publikationsmittel, un-
serer verteilten Auflagen und unserer
Medienpräsenz. Das bedeutet vor allem:
Gewinnung und Unterstützung vieler
neuer Mitglieder im ganzen Land. (Der-
zeit hat DIE LINKE in Baden-Württem-
berg 2.944 Mitglieder mit steigender
Tendenz.) Dazu müssen wir auch unsere
Finanzmittel erhöhen.

Wir wollen die Zahl von 3.000 Mit-
gliedern der LINKEN im Land noch in
diesem Jahr sehr deutlich überschreiten,
und wir wollen die Marke von mehr als
300.000 Euro Mitgliedsbeiträgen errei-
chen. Wir rufen allen Mitglieder und
alle Freundinnen und Freunde der Partei

dazu auf, DIE LINKE in Baden-Würt-
temberg dabei zu unterstützen.

Wir haben uns das Ziel gesetzt: „10
Euro Mitgliedsbeitrag im Landesdurch-
schnitt – solidarisch“. Derzeit beträgt
der monatliche Mitgliedsbeitrag im Lan-
desdurchschnitt 8,25 Euro. 10 Euro im
Landesdurchschnitt – solidarisch, sind
also ein realistisches Ziel. Selbstver-
ständlich, nicht jeder und jede können 10
Euro im Monat für die LINKE zahlen,
dann zahlen sie nach ihren Möglichkei-
ten selbstverständlich weniger. Andere
können 10 Euro und mehr im Monat
zahlen – sie sollten es auch tun. Wenn
jeder und jede nach ihren Möglichkeiten
ihren Beitrag zahlen, dann werden wir
unser Ziel erreichen.

Derzeit erhalten alle beitragssäumi-
gen Mitglieder einen Brief aus der Lan-
desgeschäftsstelle, in dem wir sie auf ih-
ren Beitragsrückstand hingewiesen und
um regelmäßige Zahlung bitten. Wir bit-
ten um Verständnis und Unterstützung
für diese Aktion. DIE LINKE bekommt
keine Zuwendungen aus der Finanzwelt
und ist auf die Beiträge und Spenden
ihrer Mitglieder angewiesen.

Wir bitten auch alle Mitglieder, die
eigene Beitragshöhe zu überprüfen und
entsprechend den Möglichkeiten anzu-
passen.

Auch unsere neugewählten Mandats-
trägerinnen und Mandatsträger bitten
wir um eine angemessene monatliche
Spende für die politische Arbeit des je-
weiligen Kreisverbandes.

Mit solidarischen Grüßen

Christoph Cornides
(Landesschatzmeister, für den geschäfts-
führenden Landesvorstand)

Kommunal- und Europawahlen in Baden-Württemberg

Entwicklung linker Politik führt auch zu positiven linken Wahlergebnissen – zur Überschreitung der Fünf-Prozent-Marke bei den Landtagswahlen 2016 bleibt noch viel zu tun

Zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen stellt der Landesvorstand der Linken Baden-Württemberg fest:

„Überall in Baden-Württemberg haben Listen der Linken sowie linke Wahlbündnisse ihre Ergebnisse bei den Kommunalwahlen verbessern können.“ (siehe Kasten)

Hatte die Linke bei den Kommunalwahlen 2009 65 Mandate in Gemeinde- und Kreisträten sowie im Regionalparlament Stuttgart erreichen können, so sind es jetzt 113 Mandate. Das Ergebnis bei den Europawahlen stieg leicht von 3% auf 3,6% mit einem Zuwachs von 28.255 Stimmen.

Bei den Europawahlen lag die AfD in Baden-Württemberg mit 7,9% fast einen Prozentpunkt über ihrem Bundesergebnis. Die größten Verluste musste die FDP hinnehmen, kleinere Verluste auch die Grünen. Um 4,9% verbesserte sich die SPD, um 0,6% die CDU.

Kommunale Politik: Anker der Parteientwicklung

Im siebten Jahr der Linken haben die Kommunal-/Kreistags- und Europawahlen 2014 für den Landesverband Baden-Württemberg ein wichtiges, nachweisbares Ergebnis erbracht:

In allen Regionen und Tätigkeitsgebieten von Kreisverbänden der Linken

Europawahl am 25. Mai 2014

Partei	2014		2009		Veränderung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
CDU	1.542.244	39,3	1.478.135	38,7	64.109	0,6
SPD	902.720	23	689.812	18,1	212.908	4,9
GRÜNE	517.842	13,2	572.267	15	-54.425	-1,8
FDP	161.669	4,1	537.100	14,1	-375.431	-10,0
DIE LINKE	142.360	3,6	114.105	3	28.255	0,6
REP	23.970	0,6	73.565	1,9	-49.595	-1,3
FREIE WÄHLER	91.721	2,3	49.149	1,3	42.572	1
AfD	309.500	7,9	x	x	309.500	7,9

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart

zeigt sich in den Wahlergebnissen ein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Grad der Präsenz und der praktischen Politik der Kreisverbände und des Landesverbandes und Wahlergebnissen. Das trifft zu sowohl für die Kommunal- und Kreistagswahlen mit Ergebnissen zwischen rund 2,5 % und 6,2 % bzw. bei den Listenverbindungen in Tübingen und Freiburg bis zu 8/9 % wie auch bei den Europawahlen, wie auch im Zusammenhang zwischen Kommunal-/Kreistagswahlergebnissen und Europawahlergebnissen. (Kommunalwahlergebnisse der LINKEN im Detail unter: www.die-linke-bw.de/politik/aktuelles)

113 Gemeinde-, Kreistagsmandate und Mandate im Regionalparlament Stuttgart sind eine Steigerung um fast 60%, aber auch das ist weiterhin nur ein kleiner Bruchteil der Mandate in den 1.101 Städten und Gemeinden, 410 Ortschaften und 35 Landkreisen Baden-Württembergs. In Baden-Württemberg wurde bei den kommunalen Wahlen 2014 erstmals das Auszählungsverfahren nach d'Hondt durch das nach Sainte-Laguë ersetzt, das kleinere Parteien insbesondere für den ersten Sitz besser stellt als vorher.

Im Blick zurück auf das für die Linke ernüchternde Ergebnis der Landtagswahlen 2011 mit 2,8 % im Landesdurchschnitt, zeigen die Ergebnisse jetzt – soweit vergleichbar auch wegen des unterschiedlichen Wahlverfahrens – in der Tendenz und im Durchschnitt eine leicht positive Entwicklung. Nehmen wir die Durchschnittszahl zu den Europawahlen in Baden-Württemberg mit 3,6 % (gegenüber 3 % 2009), so stimmt wohl die Tendenz der Entwicklung, aber die Linke ist im Landesdurchschnitt noch weit von der Überschreitung der 5 %-Marke entfernt.

Das heißt: linke Politik und Politik der Linken „lohnt“ sich, aber die Gewinnung des Vertrauens der Wählerinnen und Wähler braucht ihre Zeit und eine positive Praxis der Linken. Eigentlich nicht wirklich verwunderlich.

Die Wahlergebnisse dort, wo die Linke bereits in Gemeinde- und Kreisträten vertreten war, zeigen auch, welche Art von Politik gefordert ist und auch von den Mitgliedern letztlich gewünscht wird. Im Landtagswahlprogramm 2011 wurde sie beschrieben als linke Politik sozialer und politischer, konkreter, strukturändernder Reformen in Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort und im Bündnis mit den verschiedenen

Mehr linke Politik vor Ort: LINKE in Baden-Württemberg punktet bei Europa- und Kommunalwahlen

Überall in Baden-Württemberg haben Listen der LINKEN sowie linke Wahlbündnisse ihre Ergebnisse bei den Kommunalwahlen verbessern können.

Im Regionalparlament Stuttgart ist DIE LINKE zukünftig mit vier Mandaten vertreten. Spitzenergebnisse bei den Gemeinderäten gab es in Tübingen (9,6 %) und Freiburg (8,6 %). In Stuttgart, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Ulm, Reutlingen, Ludwigsburg, Friedrichshafen und vielen anderen Städten konnten Stimmen und Mandate dazugewonnen werden. Die Linke hat neue Sitze auch in kleineren Gemeinden und in konservativ dominierten Regionen erringen können.

„Wir sind jetzt in 21 Kreistagen vertreten. Das ist ein großer Erfolg und gibt uns mehr Möglichkeiten, Politik vor Ort zu machen“; kommentiert Heidi Scharf, Landessprecherin der LINKEN.

Heidi Scharf weiter: „Wir hatten

klare Aussagen im Kommunalwahlkampf: für bezahlbare Mieten, für den Ausbau von Bus und Bahn, gegen grün-rote Landeskürzungen bei der Bildung, gegen die Ausgrenzung von Flüchtlingen und Menschen mit geringem Einkommen. Wir streiten für eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Das ist unser Markenzeichen. Wir wollen zukünftig mehr bewegen. Kommunalpolitik heißt für unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger immer auch Bündnisarbeit mit Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Initiativen vor Ort.“

Auch bei der Europawahl konnte das Ergebnis in Baden-Württemberg (3,6 %) im Vergleich zu 2009 (3,0 %) verbessert werden.

Dazu Dirk Spöri, Landessprecher: „In Freiburg und einigen anderen Städten liegen wir erstmals über dem Bundesdurchschnitt. Das ist ein gutes Vorzeichen für die nächste Landtagswahl.“

Richtungen und Organisationen, die ihre Interessen vertreten und unterstützen.

Das Wahlergebnis zeigt mit dem Einzug von AfD und teilweise der NPD in Gemeinde- und Kreisräte aber auch, dass der Kampf gegen Rechts, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und soziale und politische Bürgerrechte für Alle einen noch wichtigeren und praktischen Bestandteil linker Politik im Land und vor Ort bilden muss.

Im Querschnitt des Landesverbandes und der Regionen lassen sich vereinfacht in etwa die folgenden Entwicklungsgrade der Präsenz und Politik der Linken in Baden-Württemberg feststellen: nicht präsent, präsent durch punktuelle Öffentlichkeitsarbeit, präsent durch örtliche und regionale Politik mit anderen in ersten Schwerpunkten, örtliche und regionale Politik in Verbindung mit Mandaten in Gemeinde-/Kreisräten, längerjährige konkrete und wirksame Politik in Gemeinde- und Kreisräten.

Nach diesen Ausprägungen der Präsenz und Politik lassen sich auch die Wahlergebnisse im Großen und Ganzen eindeutig zuordnen. Das aber bedeutet: die Linke kann in Baden-Württemberg die Weiterentwicklung des Landesverbandes und die Zielmarke Landtagswahlen 2016 nur erreichen, wenn sie – mit dem Schwung der guten Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen im Rücken – zu einem weiteren und planmäßigen Aufbau des Landesverbandes in ganz Baden-Württemberg übergeht. Dazu gehört dann auch die Entwicklung einer thematischen und politischen Präsenz der Linken zu Fragen der Landespolitik.

Sie muss präsent werden, wo sie heute nicht präsent ist, Politik entwickeln in Schwerpunkten mit anderen, wo sie das bisher nicht kann, Vertrauen erwerben durch praktische Politik auch für Wahlmandate. Die Mandate, die sie hat, gilt es weiter auszubauen und zu festigen durch einflussreiche linke Politik vor Ort und in den Regionen.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen zeigen auch, dass die Linke je nach örtlichen Gegebenheiten und je nach den vorhandenen oder auch nicht vorhandenen Traditionen linker Politik und der Politik der Linken am Ort die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen weiter- oder auch neu entwickeln muss. Das erfordert auch die unterschiedliche Auffächerung der Wahlergebnisse auf verschiedene Gruppen links von SPD/Grüne an verschiedenen Orten Baden-Württembergs.

In Tübingen und Freiburg, wo die Linke seit mehreren Jahren erfolgreiche linke Gemeinderatspolitik in Bündnissen mit anderen macht, wurden die besten Kommunalwahlergebnisse erzielt und bisherige Ergebnisse weiter

gesteigert. An beiden Orten lagen dann aber auch die Europawahlergebnisse der Linken mit über 8 % über dem Bundesdurchschnitt. In Stuttgart wird die Linke (3 Mandate) eine gemeinsame Fraktion bilden mit SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial, 3 Mandate), Piraten (1 Mandat), Studentische Liste (Hauptthema Wohnen, 1 Mandat). Mit den STADTisten (1 Mandat) wird diese linke Fraktion eine Zählgemeinschaft zur Ausschussbesetzung bilden. Linke Fraktion und Zählgemeinschaft zusammen haben dann gleichviel Sitze wie die SPD im Stuttgarter Gemeinderat.

In Heilbronn und Ulm vollzog sich die Auffächerung der Linken in Linke

und je eine weitere Bürger/innen-Liste links von SPD/Grüne unter teilweiser Beteiligung von Mitgliedern der Linken und in Verbindung mit nicht unerheblichen Auseinandersetzungen in der Partei die Linke. Im Ergebnis aber konnte die Linke ihr Mandat halten (Heilbronn) und noch ein weiteres gewinnen (Ulm) und, die jeweiligen Bürger/innen-Listen erhielten ebenfalls je ein Mandat.

In Heidelberg trennte sich die bisherige Liste „Bunte Linke“ in „Bunte Linke“ (1 Mandat) und „Die Linke“ (2 Mandate). Im Heidelberger Gemeinderat wird die Linke nach derzeitigem Stand eine Fraktion mit den Piraten (1 Mandat) bilden. *Christoph Cornides*

Linke Parteien mit Rückenwind im Europaparlament

Während sich die meisten Medien hierzulande in ihrer Wahlberichterstattung auf die erschreckenden Erfolge rechtsextremer und rechtspopulistischer Kräfte in Europa konzentrierten, haben sie die beachtlichen Erfolge linker Parteien in Europa weitgehend ignoriert.

Die konföderale linke Fraktion GUE/NGL im Europaparlament (EP) bestand bisher aus 35 Mitgliedern und konnte einen phänomenalen Zugewinn von 17 erzielen. Mit insgesamt 52 linken ParlamentarierInnen ist die linke Fraktion nun größer als die grüne Fraktion (50 Sitze). Die linken Erfolge wurden vor allem in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern erzielt – allerdings nur dort, wo es gelang, eine glaub-

würdige linke alternative Kraft aufzubauen, die auch zugleich tief in den gesellschaftlichen Protestbewegungen verankert ist. Dies gelang am überzeugendsten in Griechenland (SYRIZA 6 Mandate) und in Spanien, wo sowohl die Vereinigte Linke deutliche Zugewinne erzielen konnte, als auch die aus den Protestbewegungen entstandene Partei Podemos. Insgesamt kommen nun 11 linke ParlamentarierInnen aus Spanien, sie stellen damit die größte Gruppe innerhalb der GUE/NGL. Aber auch in anderen Ländern wie in Irland, das als erstes EU-Land in die Krise gestürzt wurde, wurde konsequente linke Politik mit Erfolg belohnt. Sinn Fein erhielt 3 Sitze in Irland und einen in Nordirland.



Bundesparteitag der Linken am 10. Mai in Berlin: Alexis Tsipras, Spitzenkandidat der Europäischen Linken, mit Bernd Riexinger sowie Delegierten und Gästen aus Baden-Württemberg

Die Europäische Linke hatte in dieser Wahl das erste Mal einen Spitzenkandidaten. Alexis Tsipras trat als Kandidat für das Amt des Kommissionspräsidenten an und half so durch seine Herkunft aus Griechenland die verfehlte Europapolitik der EU zu thematisieren, er symbolisierte aber gleichzeitig den kraftvollen Widerstand gegen die Kaputtsparpolitik der Troika (Kommission, EZB und IWF). Während deutsche Medien allein auf das langweilige Duell zwischen Jean-Claude Juncker und Martin Schulz setzten, spielte in anderen Ländern die Kandidatur von Alexis eine wichtige Rolle für die Mobilisierung von WählerInnen. Besonders in Italien, wo sich die zersplitterte linke Parteienlandschaft auf eine gemeinsame Liste für Tsipras einigte und damit erstmals seit vielen Jahren wieder über die 4%-Hürde

kam (3 Sitze). In der GUE/NGL werden auch wieder linke Parteien aus Skandinavien vertreten sein, die ihre Ergebnisse zumeist verbessern konnten.

Die beschriebenen linken Erfolge sind – hoffentlich – erst der Anfang, denn in anderen Ländern stecken linke Parteien in einer tiefen Krise, während gleichzeitig neue rechte Parteien in den letzten Wahlen kontinuierlich zugelegt haben: 1999 waren es 6,52%, 2004 15,64%, 2009 16,51% und 2014 27,5%. Eine wesentliche Verantwortung dafür tragen die Sozialdemokratie und die Europäischen Volksparteien (besonders CDU/CSU) die trotz sozialer und wirtschaftlicher Krise für ein „weiter so“ plädieren und dabei bestenfalls kleinere Modifikationen in ihrem falschen Kurs der Kürzungsdiktate zulassen. Dass dabei zunehmend demokratische

Spielregeln verletzt werden und eine völlige Alternativlosigkeit suggeriert wird, ist ein gefährlicher Nährboden für rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien. Sie geben vermeintliche einfache Antworten und schüren den Hass auf alles, was fremd erscheint. Während sie die undemokratischen Zustände „in Brüssel“ anprangern, befördern sie selbst autoritäre und demokratiefeindliche nationalistische Ideologien. Die neue linke Fraktion steht angesichts dessen vor großen Aufgaben, denn sie ist im Moment die einzige politische Kraft, die die Idee eines solidarischen, friedlichen und demokratischen Europa ernsthaft verfolgt.

Claudia Haydt, Mitglied im Vorstand der Europäischen Linken und im Parteivorstand

DIE LINKE in Baden-Württemberg auf dem Weg vom „Zwerg“ zur „kleinen Partei“

Europawahl:

Mit den Europa- und Kommunalwahlen konnte sich DIE LINKE in Baden-Württemberg weiter konsolidieren. Sie hat 142.000 Wählerinnen und Wähler und 3,6% bei den Europawahlen (+0,6 Punkte) gewonnen und so die Ausgangsposition für einen Einzug in den Landtag Anfang 2016 verbessert.

Dies ist keineswegs selbstverständlich, da die Wahlen in einer Situation stattfanden, in der die wirtschaftliche Situation für 80% der Wählerinnen und Wähler – zumindest im Vergleich zu den Nachbarländern – positiv eingeschätzt wird und das Vertrauen in die Politik der Bundesregierung gestiegen ist. Gerade in Baden-Württemberg mit einer im Mai auf 3,9% gesunkenen Arbeitslosenquote und der bundesweit niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit (2,5%) wäre ein positiver Trend für die Linke kaum möglich, wenn sich nicht hinter diesen Zahlen vor allem eine Zunahme der Leiharbeit (+11% im Mai!) und anderer prekärer Beschäftigungsverhältnisse verbergen würde.

Noch höher zu bewerten ist das Ergebnis, da gleichzeitig die SPD auch landesweit mit einer Betonung sozialer Themen um 4,9% zulegte (Mindestlohn, Rente) und die AfD in größerem Umfang Protestwähler mobilisieren konnte (7,9%). In Pforzheim, wo die AfD mit 14,5% ihr Rekordergebnis einfuhr, liegt auch die Arbeitslosenquote mit 7,5 % doppelt so hoch wie sonst im Land. Für die Wähler der AfD sind die Themen Zuwanderung und soziale Sicherheit so wichtig wie eine stabile Währung. Über 100.000 frühere Wähler der Linken konnte die rechtspopulistische Partei bundesweit abwerben. Die – gemessen an der Gesamtstimmenzahl – große Wählerwanderung hängt sicher auch

damit zusammen, dass bei Wählern der Linken relativ hohe Sympathiewerte für nationalstaatliche Lösungen vorhanden sind.

In ähnlichem Umfang konnte die Linke Stimmen von der CDU gewinnen, die wiederum auch die im Umfang höchsten Verluste hin zur AfD hatte. (Stat. Landesamt, Spiegel.de/Wahlanalyse und Stuttgarter Zeitung, 27.5.)

Ihren Wählerschwerpunkt hat DL mit 21% bei Arbeitslosen. In Alter und Geschlecht ist die Wählerschaft der Linken dagegen von allen Parteien am ausgeglichtesten. Gravierende Unterschiede zeigen sich in der Verteilung Stadt-Land: in den Großstädten überschreitet sie die 5%-Hürde, in zwei Universitätsstädten nähert sie sich bei der Europawahl den 10% (Tübingen 8,4 %, Freiburg 8,6%). In den Mittelstädten liegt sie bei gut 4%, in kleinen Dörfern sinkt ihr Anteil dann bis etwa 2% ab.

Ein ähnliches Gefälle gibt es aber auch innerhalb der Gemeinden und Städte. So liegt der Stimmenanteil in Marbach mit 10.000 Wahlberechtigten im für DL besten Wahllokal bei 9%, im schlechtesten bei 1,79%. Ausschlaggebend sind hier zunächst die Verdichtung des Wohnraums, also die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung, in der Folge aber auch die Themensetzung des Wahlkampfs sowie die Schwerpunkte der Werbung. Briefkasten- und Klingelputzaktionen sowie eine gewisse Kontinuität in der Präsenz in diesen Wohngebieten scheinen sich auszuzahlen.

Kommunalwahl

Bei Gemeinderats- und Kreistagswahlen haben in BW die Grünen am meisten zugelegt, vor allem auch auf dem Land.

Die CDU bleibt mit Abstand stärkste Partei und bekommt 4.800 Mandate, kann aber den langfristigen Rückgang (1980 noch 6.550) ebenso wenig zurückdrehen wie die SPD (2014: 2.400, 1980: 4.850). Am schwächsten ist sie weiterhin in den Städten, am stärksten in katholischen Landgemeinden. Die FDP hat ein Drittel ihrer Sitze verloren. (Stuttgarter Zeitung, 31.5.14) Weiterhin dominieren die Wählervereinigungen, die allerdings immer bunter zusammengesetzt und politisch immer schwerer zu verorten sind. Noch mehr als bei den Parteien zählt hier der Bekanntheitsgrad in Wirtschaft, Verein, Kirche etc.

Kommunalpolitisch bleibt die Linke

Das Ausscheiden von Leni Schwarz zeigt: Bekannte Gesichter werden bevorzugt gewählt. Als Mitarbeiterin der Sparkasse war sie stadtbekannt, nun, da sie im Ruhestand ist, ist der Promi-Bonus offenkundig verflogen. Den haben hingegen etliche Ratsneulinge nutzen können: für die CDU Gastwirt Stefo Stefanidis und Modekauffrau Diana Roßmann, für die FWV Metzgermeister Jens Remmlinger, für die LBÖ Buchhändler Markus Hassler und für die SPD Awo-Geschäftsführerin Sevim Sulejmanov. (Heilbronner Stimme zu den Ergebnissen in Öhringen)

in der Fläche trotz einer Zunahme der Mandate um ca. 70% auf 110 und guten Ergebnissen in den Städten in der Fläche mit 39 Gemeinderäten (von 18.745) allerdings noch ein „Zwerg“ (StZ). In den Großstädten erreicht sie – geschmälert

bestenfalls durch konkurrierende linke Listen – zwischen 5 und 6%. Gute Ergebnisse erzielen langjährig arbeitende linke Listen unter Beteiligung der Partei, insbesondere in den Universitätsstädten mit linken Listen unter Beteiligung der Partei: 9,6 % in Tübingen und 8,6% in Freiburg.

Die Vertretung in 21 von 35 Kreistagen mit durchwegs guten Zuwächsen und das Ergebnis der Regionalwahl der Region Stuttgart mit 4,1% (Stuttgart 6,1%) zeigen sie aber doch auf dem Weg zur flächendeckenden Verankerung.

Problemfelder

Migranten: Allein in Stuttgart waren 138.000 Menschen mit Migrationshintergrund wahlberechtigt. Deren Wahlbeteiligung geht aber kontinuierlich zurück. 1999 gingen noch 22,5% an die Wahlurnen, 2009 waren es nur noch 14,9%. Es wundert daher auch nicht, dass Migranten selbst auf relativ guten Plätzen wenig gewählt wurden. Bei vielen mag die Bindung an die Innenpolitik des Mutterlands eine Rolle spielen, oft aber verstärken sich – besonders beim komplizierten Kommunalwahlverfahren – auch Bildungs- und Sprachbarrieren.

Mobilisierung: Die Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen ist mit knapp 60% dort am höchsten, wo die Linke ihre niedrigen Anteile hat; in eher links-freudlichen Gegenden kommt sie nur wenig über ein Drittel hinaus (StZ 30.5.). Zwar konnte DL in Baden-Württemberg bundesweit mit am stärksten zulegen, doch leidet sie stark darunter, dass es ihr am wenigsten gut gelingt, ihr Wählerpotential auszuschöpfen, d.h. Wähler der BT-Wahl auch bei anderen Wahlen zu gewinnen (Kars). Die strukturellen Hintergründe sind bekannt: Wähler der Linken sind vorzugsweise an den sozialen und politischen Fragen der Bundespolitik interessiert, weit weniger etwa an Landes- oder Kommunalpolitik.

Insofern lag sicher auch die Themenstellung etwa der Plakate richtig, ebenso wie die Betonung der Inhalte. „Reine Kopfplakate sind rausgeschmissenes Geld, aber man braucht Plakate, weil man mit ihnen die größte Aufmerksamkeit erzielt“, so der Kommunikationswissenschaftler Frank Brettschneider (Stuttgarter Nachrichten, 31.5.14).

Erhard Korn, RLS Baden-Württemberg, 2.6.2014

Horst Kars: Die Ergebnisse der Europawahl in Deutschland 2014 – Wahlbericht und erste Analyse

Tagesschau.de: Wer wählte was warum

Forschungsgruppe Wahlen: Europawahl

Spiegel.de: Wählerwanderung

Statistisches Landesamt: Vorläufige landesweite Endergebnisse

Linke Ergebnisse bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Zusammenstellung: Edgar Wunder, 8.7.2014

Erfasst sind alle Mandate von Mitgliedern der LINKEN und alle Mandate, die über (offene) Parteilisten der LINKEN oder über linke Bündnislisten errungen wurden. Bei „Sitze 2009“ sind die 2009 errungenen Mandate unabhängig von späteren Aus- oder Übertritten ausgewiesen. Die Spalte „%“ enthält den erzielten Anteil der gültigen Stimmen. Bei unvollständigen Wahllisten ist dieser Wert wegen fehlender Vergleichbarkeit mit den anderen Ergebnissen in Klammern angegeben. Organe, in denen die LINKE nun erstmals vertreten ist, sind mit einem Stern (*) markiert.

	%	Sitze 2014	Sitze 2009	Gewählt sind
Regionalversammlung Stuttgart	4,1	4	3	Wieder gewählt: Christoph Osazek, Wolfgang Hoepfner, Friedhelm Hoffmann • Neu gewählt: Peter Rauscher
Landkreis Biberach, Kreistag	(0,6)	1	1	Wieder gewählt: Ulrich Widmann (auf der Liste „Pro Westlicher Landkreis“, die 1,2 % der Stimmen erzielt hat)
Landkreis Böblingen, Kreistag	3,5	3	1	Neu gewählt: Biggi Ostmeyer, Markus Arnold, Norbert Füzinger • Ausgeschieden: Harry Ladwig
Landkreis Bodensee, Kreistag	3,4	2	1	Wieder gewählt: Roberto Salerno Neu gewählt: Roland Biniossek
Landkreis Esslingen, Kreistag	3,8	3	1	Wieder gewählt: Peter Rauscher • Neu gewählt: Reinhold Riedel, Jochen Findeisen
*Landkreis Göppingen, Kreistag	(3,1)	1	0	Neu gewählt: Christian Staehle
Landkreis Heidenheim, Kreistag	(3,8)	1	1	Wieder gewählt: Horst Mack
Landkreis Heilbronn, Kreistag	2,5	2	1	Wieder gewählt: Johannes Müllerschön Neu gewählt: Florian Vollert
*Landkreis Hohenlohe, Kreistag	(3,3)	1	0	Neu gewählt: Ernst Kern
*Landkreis Karlsruhe, Kreistag	(0,9)	1	0	Neu gewählt: Jürgen Creutzmann
Landkreis Konstanz, Kreistag	4,2	2	1	Neugewählt: Marco Radojevic, Hans-Peter Koch
Landkreis Ludwigsburg, Kreistag	3,9	4	2	Wieder gewählt: Hans-Jürgen Kemmerle, Peter Schimke Neu gewählt: Walter Kubach, Annegret Jeziorski
Landkreis Main-Tauber, Kreistag	(2,6)	1	1	Neu gewählt: Rolf Grüning Ausgeschieden: Hans-Hermann Fahrenkrog
Landkreis Ortenau, Kreistag	(2,1)	2	1	Neu gewählt: Andreas Kirchgeßner, Lukas Oßwald Ausgeschieden: Herbert Glatt
Landkreis Ostalb, Kreistag	(2,6)	2	2	Wieder gewählt: Veronika Stossun Neu gewählt: Cynthia Schneider Ausgeschieden: Udo Eisenmann
Landkreis Ravensburg, Kreistag	(2,3)	2	1	Wieder gewählt: Till Bastian Neu gewählt: Lars Raible
Landkreis Rems-Murr, Kreistag	(2,5)	2	1	Neu gewählt: Stephan Kober, Christian Hinrichsen Ausgeschieden: Dominik Rathgeb
Landkreis Reutlingen, Kreistag	3,5	2	2	Wieder gewählt: Thomas Ziegler, Petra Braun-Seitz
Landkreis Rhein-Neckar, Kreistag	3,7	4	3	Wieder gewählt: Carsten Labudda, Edgar Wunder Neu gewählt: Detlef Gräser, Mandy Vacklahovsky Ausgeschieden: Joachim Buchholz
Landkreis Tübingen, Kreistag	8,3	4	3	Wieder gewählt: Bernhard Strasdeit • Neu gewählt: Margit Paal, Emanuel Peter, Gisela Kehrer-Bleicher • Ausgeschieden: Anton Brenner, Angela Hauser (alle über die Liste „TÜL/DIE LINKE“)
*Landkreis Waldshut, Kreistag	(1,4)	1	0	Neu gewählt: Norbert Portele
Landkreis Zollernalb, Kreistag	(1,8)	1	1	Neu gewählt: Andreas Hauser
Aalen, Gemeinderat	4,1	2	2	Wieder gewählt: Roland Hamm, Cora Berreth
Bad Säckingen, Gemeinderat	(2,7)	1	0	Neu gewählt: Angelo de Rosa
*Biberach, Gemeinderat	(2,2)	1	0	Neu gewählt: Ralph Heidenreich
*Brackenheim, Gemeinderat	(2,0)	1	0	Neu gewählt: Volker Bohn
*Bretten, Gemeinderat	(2,9)	1	0	Neu gewählt: Hermann Fülberth
*Bruchsal, Gemeinderat	(1,7)	1	0	Neu gewählt: Thurid Feldmann
*Fellbach, Gemeinderat	(2,3)	1	0	Neugewählt: Christian Hinrichsen
Freiburg, Gemeinderat	8,6	4	4	Wieder gewählt: Michael Moos, Hendrik Guzzoni, Ulrike Schubert, Lothar Schuchmann (über die „Linke Liste Freiburg“)

Esslingen, Gemeinderat	5,3	2	1	Wieder gewählt: Werner Bolzhauser • Neu gewählt: Reinhold Riedel (Mandat nicht angenommen, Nachrücker ist Tobias Hardt).
*Friedrichshafen, Gemeinderat	(2,8)	1	0	Neu gewählt: Josef Mayer
Geislingen, Gemeinderat	6,7	1	1	Wieder gewählt: Holger Schrag
Göppingen, Gemeinderat	4,4	2	1	Wieder gewählt: Christian Staehle Neu gewählt: Hüsnüye Yalcinkaya
Heidelberg, Gemeinderat	4,1	3	1	Neu gewählt: Sahra Mirow, Bernd Zieger (über die Liste der Partei „DIE LINKE“) Wieder gewählt: Hilde Stolz (über die Liste „Bunte Linke“, die 3,7% erzielte)
Heidenheim, Gemeinderat	6,2	2	2	Wieder gewählt: Horst Mack, Norbert Fandrich
Heilbronn, Gemeinderat	3,1	2	1	Wieder gewählt: Hasso Ehinger (über die „Bunte Liste“, die 2,1% erzielte) Neu gewählt: Bettina Michaelis (über die Liste der Partei DIE LINKE)
Karlsruhe, Gemeinderat	5,1	2	2	Wieder gewählt: Niko Fostiropoulos, Sabine Zürn
Kehl, Gemeinderat	-	0	1	Kein Neuantritt Ausgeschieden: Raymond Hof
Konstanz, Gemeinderat	6,1	2	2	Wieder gewählt: Holger Reile Neu gewählt: Anke Andrea Schwede Ausgeschieden: Vera Hemm
Kornwestheim, Gemeinderat	4,9	1	1	Wieder gewählt: Friedhelm Hoffmann
Lahr, Gemeinderat	5,1	2	1	Wieder gewählt: Lukas Oßwald Neu gewählt: Sonja Rehm
Leimen, Gemeinderat	-	0	1	Kein Neuantritt Ausgeschieden: Joachim Buchholz
*Leinfelden-Echterdingen, Gemeinderat	(2,3)	1	0	Neu gewählt: Claudia Moosmann (auf der Liste „Freunde der Filderpiraten“)
*Leonberg, Gemeinderat	(2,7)	1	0	Neu gewählt: Gitte Hutter
*Lörrach, Gemeinderat	(4,3)	1	0	Neu gewählt: Mateo Di Prima
Ludwigsburg, Gemeinderat	5,2	2	1	Neu gewählt: Oliver Kube, Claudia Dziubas Ausgeschieden: Hans-Jürgen Kemmerle
Mannheim, Gemeinderat	6,2	3	2	Wieder gewählt: Thomas Trüper Neu gewählt: Gökay Akbulut, Julien Ferrat Ausgeschieden: Gudrun Kuch
Pforzheim, Gemeinderat	3,9	2	1	Wieder gewählt: Claus Spohn Neu gewählt: Peter Pfeiffelmann
Reutlingen, Gemeinderat	5,7	2	1	Wieder gewählt: Thomas Ziegler Neu gewählt: Jessica Tatti
Rickenbach, Gemeinderat	(3,2)	0	0	Mit 3,2 % wurde der Einzug in den Gemeinderat verfehlt.
Rottenburg, Gemeinderat	6,1	2	1	Wieder gewählt: Emanuel Peter Neu gewählt: Christian Hörburger
Schwäbisch Gmünd, Gemeinderat	5,9	3	2	Wieder gewählt: Sebastian Fritz Neu gewählt: Hubert Buchstaller, Cynthia Schneider Ausgeschieden: Peter Müller
Sindelfingen, Gemeinderat	4,5	2	1	Wieder gewählt: Richard Pitterle Neu Gewählt: Margarete Mohr
Singen, Gemeinderat	-	0	1	Ausgeschieden: Rebecca Tanner (Angetreten ist eine „Die Linke. Liste Singen“, die jedoch nicht mit unserer Partei in Verbindung steht. Für diese Liste gewählt wurde Thomas Köstler.)
*Sipplingen, Gemeinderat	(4,6)	1	0	Neu gewählt: Manuel Müller
Stuttgart, Gemeinderat	4,5	3	2	Wieder gewählt: Thomas Adler Neu gewählt: Laura-Zarita Halting-Hoppenheit, Christoph Ozasek Ausgeschieden: Ulrike Küstler
Tübingen, Gemeinderat	9,6	4	3	Wieder gewählt: Gerlinde Strasdeit Neu gewählt: Gotthilf Lorch, Gitta Rosenkranz, Felix Schreiber Ausgeschieden: Angela Hauser, Anton Brenner (alle über die Liste „TÜL/DIE LINKE“)
*Überlingen, Gemeinderat	(5,8)	2	0	Neu gewählt: Monika Behl, Roland Biniossek
Ulm, Gemeinderat	4,2	2	1	Wieder gewählt: Uwe Peiker Neu gewählt: Doris Schiele
*Vaihingen/Enz, Gemeinderat	(3,5)	1	0	Neu gewählt: Peter Schimke
Weinheim, Gemeinderat	4,9	2	1	Wieder gewählt: Carsten Labudda Neu gewählt: Matthias Hördt
*Waldshut-Tiengen, Gemeinderat	(3,1)	1	0	Neu gewählt: Paul Klahn

Seminare für einen erfolgreichen Start in die Kommunalpolitik

Über Listen der LINKEN und linke Bündnislisten konnte die Anzahl der Mandatsträger bei den Kommunalwahlen nahezu verdoppelt werden. Deshalb haben das parteiunabhängige Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V., die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) und die Kommunalakademie der RLS ein Seminar für den Einstieg in die Kommunalpolitik veranstaltet.

Anwesend waren elf Kreisräte und neun Gemeinderäte, davon gut die Hälfte ohne bisherige Mandatserfahrung. Christoph Ozasek stellte die bisherige Arbeit im Regionalverband und im Gemeinderat vor und berichtete über die aktuellen Fraktionsgespräche für den neugewählten Gemeinderat in Stuttgart zwischen LINKEN (3 Sitze), SÖS (3), Piraten (1) und Studentische Liste (1). Damit hätte diese Fraktion so viele Mitglieder wie die Fraktion der SPD und entsprechend politisches Gewicht.

Ebenso interessant war ein journalistischer Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit. Es wurde erklärt, wie Journalisten arbeiten und wie Pressemitteilungen strukturiert sein müssen, damit sie wahrgenommen werden. Das Interesse an handwerklichem und inhaltlichem Rüstzeug für eine erfolgreiche Pressearbeit war groß. Deshalb ist für Ende des Jahres ein Medienseminar für Mandatsträger in Kooperation mit der Linken Medienakademie (LiMA) vorgesehen.

Ein sehr wichtiges Thema für die neugewählten Mandatsträger ist die rechtliche Situation, gerade vor den konstituierenden Sitzungen. Referent Thomas Ziegler konnte zu diesem Thema aus seiner Erfahrung als Stadtrat in Reutlingen und als Rechtsanwalt berichten. In der konstituierenden Sitzung werden die Sitze für Ausschüsse und Aufsichtsräte an die Stadt- oder Kreisräte verteilt. In diesen Ausschüssen findet dann die eigentliche Arbeit der Gremien statt. Vorher müssen sich alle Räte eines Gremiums auf eine gemeinsame Verteilung der Sitze einigen. In der Realität werden kleine Gruppen oder Einzelräte oftmals nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt. Das widerspricht aber den rechtlichen Vorgaben. Die anschließende Diskussion zeigte, dass es für eine erfolgreiche linke Kommunalpolitik entscheidend ist, dass sich unsere Mandatsträger weiterbilden und austauschen. Der Informationsfluss von Seiten der Gemeinden und Landkreise ist oftmals zu gering oder nicht ausreichend verständlich. Die anwesenden Räte werden sich beim Start ihrer Tätigkeit jedenfalls nicht von anderen über den Tisch ziehen lassen.

Florian Vollert (Kreisrat, KV Heilbronn)

Das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg

Das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. ist ein parteiunabhängiger kommunalpolitischer Bildungsverein, der sich zur Aufgabe stellt, Einwohnerinnen und Einwohner im Land zur demokratischen Mitwirkung an der kommunalen Selbstverwaltung zu motivieren. Unser Ziel ist es, durch ein breitgefächertes Bildungsprogramm interessierte Menschen zu ermuntern, sich an kommunalpolitischen Prozessen zu beteiligen, bei Wahlen auf kommunaler Ebene zu kandidieren oder sich in Bürgerinitiativen zu engagieren.

Engagement für die kommunale Selbstverwaltung erfordert mehr als das Ablegen von Bekenntnissen. Das kommunale Geschehen sachkundig mitzugestalten verlangt vielmehr, sich auch das nötige Fachwissen anzueignen und die bereits vorhandenen Erfahrungen zu studieren. Hierin sieht das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. sein wichtigstes Wirkungsfeld. Hier laden wir zur kritischen und konstruktiven Mitarbeit ein!

Besonders sprechen wir jetzt mit unseren Bildungsangeboten die kommunalen Mandatsträger_innen und alle an einer linken kommunalpolitischen Arbeit Interessierten an. Wir haben schon ein Einführungsseminar für neue kommunale Mandatsträger durchgeführt.

Weitere Einführungsseminare für neue Mandatsträger finden statt:

Samstag, 20. September, 10.30 bis 16 h in Karlsruhe, Schützenstr. 46

Samstag, 18. Oktober, 10.30 bis 16 h in Friedrichshafen, Wilhelmstr. 31
Themen: gesetzliche Grundlagen, Rechte der Räte in den Gremien, Haushaltsberatungen, Flüchtlingspolitik. Im November ist ein Seminar zu Presse- und Öffentlichkeitsarbeit geplant, in Kooperation mit der Linken Medienakademie (LiMA)

Auf der Homepage des Forums sammeln wir Anträge, Haushaltsreden, Berichte über lokale Aktionen etc. um den Mandatsträger/innen Anregungen und Unterstützung für ihre Arbeit zu geben.

Die Arbeit des Forums Linke Kommunalpolitik Baden-Württemberg lebt davon, dass möglichst viele der linken Kommunalpolitiker/innen mitmachen und sich vernetzen. Daher möchten wir Euch einladen, Mitglied im Forum linke Kommunalpolitik zu werden. Es gibt auch die Möglichkeit der institutionellen Mitgliedschaft, d.h. auch linke Fraktionen können Mitglied werden.

Petra Braun-Seitz, Alexander Schlager, Florian Vollert, <http://www.kompfofo.de>

Kommunalserie im Landesinfo

In dieser und in den weiteren Ausgaben des Landesinfos werden wir neu- und wiedergewählte Stadt und Kreisrätinnen der Linken bzw. ihre Fraktionen vorstellen. Bitte schickt uns entsprechende Fotos und kurze Texte. Die Redaktion

Stuttgart: Fraktionsgemeinschaft SÖS, LINKE, PluS

Nach der Stuttgarter Gemeinderatswahl 2014 entschieden sich Hannes Rockenbauch, Gangolf Stocker, Guntrun Müller-Enßlin (alle SÖS), Thomas Adler, Laura Halding-Hoppenheit, Christoph Ozasek (alle DIE LINKE), Stefan Urbat (Piratenpartei) und Christian Walter (Studentische Liste – Junges Stuttgart) im künftigen Gemeinderat eine Fraktionsgemeinschaft einzugehen. Auf der konstituierenden Sitzung dieser Fraktionsgemeinschaft wurden heute folgende Entscheidungen getroffen: Die Fraktionsgemeinschaft gibt sich den Namen „Fraktionsgemeinschaft SÖS, LINKE, PluS“. Zu gleichberechtigten Fraktionsvorsitzenden wurden einstimmig die Stadträte Thomas Adler und Hannes Rockenbauch gewählt.

Anmerkung Redaktion:

Die langjährige Stadträtin Ulrike Küstler kandidierte nicht mehr für den Stuttgarter Gemeinderat. Die Redaktion des Landesinfos und der Vorstand des kommunalpolitischen Forums bedanken sich für ihre aktive Mitarbeit und die vielen kommunalpolitischen Beiträge.



Am 10.7. verabschiedete die Fraktionsgemeinschaft Ulrike Küstler und gratulierte zum 70sten. Sozialbürgermeisterin Isabel Fezer (links) dankte ihr für die stets von der Sache her geprägte Arbeit. Bürgermeister Wölfle, Stadträte von SPD, Grünen und FDP, der städtische Personalrat, Kreisvorstand der LINKEN und viele andere nahmen teil.

LINKE und Piraten gemeinsam in der Regionalversammlung Stuttgart

Am 8. Juli haben sich die neu- und wiedergewählten Mitglieder der Regionalversammlung Christoph Ozasek, Wolfgang Hoepfner, Friedhelm Hoffmann,

Peter Rauscher (alle DIE LINKE) und Ingo Mörl (Piratenpartei) als gemeinsame Fraktion im Regionalparlament konstituiert. Die neue Fraktion „DIE LINKE“ ist damit nach den Freien Wählern die fünfstärkste Verbindung in der Region.

Gemeinsam getragene inhaltliche Überzeugungen bilden die Grundlage für die parteiübergreifende Kooperation. So setzt sich die neue Fraktion das Ziel, konsequent für eine ökologische Verkehrs-, Ressourcen- und Flächenpolitik einzutreten, ein barrierefreies, für alle Menschen zugängliches öffentliches Verkehrsangebot zu schaffen und die Versorgungssituation im ländlichen Raum zu verbessern. Gemeinsam wird die Fraktion auch weiterhin gegen das Bahnknotenrückbauprojekt Stuttgart 21 eintreten.

Einstimmig wählten die Fraktionsmitglieder den bisherigen Gruppensprecher der LINKEN, Christoph Ozasek (Stuttgart, Gemeinderat), zum neuen Fraktionsvorsitzenden und Peter Rauscher (Nürtingen, Kreisrat im Landkreis Esslingen) zu seinem Stellvertreter.

Schwäbisch Gmünd: Fraktionsstärke erreicht!

Bisher war DIE LINKE im Schwäbisch Gmünder Gemeinderat mit zwei Mandatsträgern vertreten und hat nun Fraktionsstärke erreicht. In der zurückliegenden Legislatur haben wir uns für die Themen Bürgerbeteiligung, bezahlbaren Wohnungsbau, Einführung einer Bonus-



Cynthia Schneider

card, Einführung eines Notfallfonds für Menschen, die ihre Nebenkosten nicht mehr bezahlen können, Erhalt des Hallenbades, nach Einkommen gestaffelte Gebührenordnung für die Kindertagesstätten, und vieles mehr eingesetzt. Viele der aufgezählten Punkte konnten wir erreichen, manche sind noch offen und werden von uns auch in den nächsten fünf Jahren immer wieder angeregt.

Selbstverständlich haben wir uns aber auch bei den vielen weiteren Themen eingebracht und hier immer wieder als



Dr. Buchstaller



Sebastian Fritz

Sprachrohr für einzelne, oft auch eher unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen, fungiert. Ganz aktuell ist Schwäbisch Gmünd in diesem Jahr der Ausrichter für die Landesgartenschau, zu der wir eine differenzierte

Meinung vertreten haben. Hierbei konnten wir durchsetzen, dass eine Lösung gefunden wurde, die allen einen Besuch – unabhängig von der Größe des Geldbeutels – ermöglicht.

Ganz aktuell ist auch das Thema der Flüchtlinge in Schwäbisch Gmünd. Wir sind hierbei die einzigen, die das Thema der Arbeitsgelegenheiten differenziert kritisieren und die zusammen mit dem lokalen Arbeitskreis Asyl, der Stadtverwaltung und dem Landratsamt auf unsere Initiative hin einen Antrag auf ein lokales Bleiberechtsnetzwerk stellen werden.

Dr. Hubert Buchstaller, Cynthia Schneider, Sebastian Fritz

Wer mehr über unsere zurückliegende Arbeit wissen möchte, ist herzlich eingeladen auf unserer Internetseite oder in Facebook nachzuschauen: www.linke-gd.de oder <https://www.facebook.com/dielinkeschwaebischgmuend?ref=hl>

Landkreis Rems-Murr: zwei Kreistagsmandate

von **Stephan Kober, Kreisrat**

Zusammen mit Christian Hinrichsen bin ich in den Kreistag von Rems-Murr gewählt. Dort lösen wir unseren engagierten Vorgänger Dominik Rathgeb ab. Wir haben vor, mit einem ÖDP-Abgeordneten eine Fraktion oder zumindest eine Zählgemeinschaft zu gründen, das brächte uns und ihm viele Vorteile.



Chr. Hinrichsen

Wir als LINKE wollen für eine andere Politik im Interesse der Menschen eintreten, denn Veränderungen beginnen mit Opposition von unten. Darum wollen wir folgendes erreichen:

Der Landkreis ist hoch verschuldet. Eine der Hauptquellen dieser Schulden ist das neue Krankenhaus in Winnenden. Deshalb entsteht ein „Sachzwang“ die Rems-Murr-Kliniken zu privatisieren. Die LINKE spricht sich gegen jede Privatisierung aus. Die Rems-Murr-Kliniken müssen Eigentum der öffentlichen Hand bleiben, damit eine Versorgung

für alle Bürger im Kreis gewährleistet bleibt.

Wir wissen, dass die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik in den Kommunen begrenzt sind, aber der Kreis darf keine Aufträge an Firmen vergeben, die mit Niedriglöhnen oder im größeren Umfang mit Leiharbeit oder nicht sozialversicherten Arbeitsverhältnissen arbeiten (siehe Neubau Krankenhaus).

Statt die Gelder für Kinder und Jugendliche zu kürzen, sollte mehr gefördert werden wie z.B. das kostenlose Schulessen. Zu jedem Schuljahr sollte der Kreis 100 Euro Zuschuss für die Anschaffung des Schulmaterials ab der 11. Klasse gewähren. Die an den Kreisberufsschulen tätigen Sozialarbeiter sollten in unbefristete Anstellung übernommen werden.



Stephan Kober

VHS-Kurse sind für Menschen mit geringem Einkommen zu teuer. Die VHS-Gebühren sollten deshalb für diesen Personenkreis gesenkt werden.

Unser Ziel: Hartz IV muss weg! Das geht aber nur auf Bundesebene. Als Sofortmaßnahme fordern wir einen Rems-Murr-Pass, der die Teilnahme am öffentlichen Leben durch großzügige Rabatte für alle Menschen mit geringem Einkommen ermöglicht. Die Jobcenter des Kreises sollten als echte Beratungszentren im Sinne der Sozialgesetze organisiert sein und nicht als „Sanktionszentren“ die Lage der Menschen in Not noch verschlechtern.

Für die Gesundheit müssen immer mehr Eigenleistungen erbracht werden. Menschen mit geringem Einkommen können sich den Eigenanteil für Hilfsmittel nicht mehr leisten. Für diese Menschen sollte deshalb vom Kreis ein Gesundheitsfonds eingerichtet werden.

Gute Pflege ist nur mit zufriedenen MitarbeiterInnen in den Krankenhäusern möglich. Um das Arbeitsklima in den Rems-Murr-Kliniken zu verbessern, sollte der Beschäftigtenschlüssel erhöht werden.

Die LINKE steht für eine soziale Umweltpolitik. Nur wenn die Kosten für Umweltschutz sozial gerecht auf die Schultern der Bürger verteilt werden entsteht auch eine breite Akzeptanz. Das vom Kreis erarbeitete Klimaschutzkonzept muss sozial gerecht umgesetzt werden.

Mieten und Energiekosten müssen auch für weniger betuchte Bürger erschwinglich bleiben. Wir fordern für alle Liegenschaften im Kreis nur noch zertifizierten Ökostrom zu beziehen.

Wir wollen ein neues Abfallkonzept für den Landkreis mit mehr Transpa-

renz bei der Verwendung der Gelben Tonne und den Wertstoffen. Die Müllabfuhr sollte wieder als Eigenbetrieb des Kreises organisiert werden. Erträge aus wertvollen Abfällen dürfen nicht weiter an private Unternehmen abfließen.

Wir treten für die Wahl der LandrätInnen durch die Bürger ein und fordern die Einführung von Bürgerentscheiden auf Kreisebene. Damit wird die Demokratie vor Ort gestärkt.

Die finanziellen Spielräume der Kommunen wurden immer weiter eingeschränkt, während die privaten Gewinne gleichzeitig explodieren.

Zur Finanzierung kommunaler Aufgaben fordert die LINKE ein bundesweites öffentliches Investitionsprogramm und eine Reform der Kommunalfinanzierung, so dass mehr Anteile am Gesamtsteueraufkommen in die kommunalen Kassen fließen.

Reutlingen: je zwei im Gemeinderat und Kreistag

Bisher waren die Linken in Reutlingen mit zwei Mandaten im Kreistag und einem Mandat im Gemeinderat vertreten. Mit der Wahl am 25.5. haben wir mit 5,7 % der Stimmen ein zusätzliches Man-



Petra Braun-Seitz

dat für den Gemeinderat errungen (2009: 4,5%). Auch bei der Kreistagswahl haben wir an Stimmen gewonnen, es blieb jedoch mit 3,45 % im Kreis Reutlingen bei zwei Mandaten (2009: 2,7%).



Jessica Tatti

Für unsere Gemeinderatsliste konnten wir einen Piraten gewinnen.

Auch haben wir uns mit der Jugendbewegung in Reutlingen vernetzt, vom autonomen selbstverwalteten Jugendzentrum Zelle kam ein Kandidat.

Unser Schwerpunkt war und bleibt: Ein soziales und solidarisches Reutlingen in Stadt und Landkreis. Wir kämpfen mit unseren Aktiven – unser kommunaler Arbeitskreis trifft sich regelmäßig 14-täglich – unter anderem für:

- einen fahr-scheinlosen ÖPNV und kurzfristig für die Einführung eines Soziantickets.



Für dieses Ziel ha- **Thomas Ziegler**

ben wir uns mit der Reutlinger Initiative Sozialforum vernetzt. Wir haben mehrmals Anträge zum Sozialticket im Kreistag eingebracht, die abgelehnt wurden. Dieses Thema verfolgen wir weiter,

- die Realisierung der Regionalstadtbahn auf die Alb, nach Tübingen und Zollern-Alb,
- preiswerten Wohnraum auch in der Innenstadt, u. a. durch sozialen Wohnungsbau und eine soziale Ausrichtung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWG,
- den Zugang zu kulturellen und städtischen Einrichtungen für alle, u. a. durch die Erweiterung des Empfänger_innen-Kreises für das Reutlinger Gutscheineheft, zu dem z. B. noch keine erwachsenen ALG II – Empfänger_innen und Menschen mit geringem Einkommen gehören,
- die Beachtung der Tarifbindung bei der städtischen Auftragsvergabe,
- kostenfreie Kinderbetreuung mit berufsorientierten Öffnungszeiten sowie die Besetzung der 40 offenen Erzieher_innen-Stellen,
- die Einführung eines Sozialtarifs beim Reutlinger Energieversorger Fair-Energie und die Rekommunalisierung der 25 % EnBW-Anteile an der Fair-Energie,
- die Aufnahme von Flüchtlingen über das Kontingent hinaus. Dazu müssen die Voraussetzungen, in Form von angemessenem Wohnraum und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geschaffen werden,
- Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen – z. B. Zugang zum Reutlinger Rathaus,
- die Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Stadt u. a. durch Sitzbänke und die Nutzungsfreigabe der Parks auch nach 23 Uhr, was v. a. die Reutlinger Jugend formuliert,
- gegen Privatisierungen und Auslagerungen, die die Finanznot unserer Kreiskliniken beheben sollen,
- gegen die Auskreisung der Stadt Reutlingen zum Nachteil des Landkreises.

Andreas Hauser, neugewählt im Zollernalbkreis

Jahrgang 1970, verheiratet, wohnt im Meßstetter Teilort Oberdigsheim, gewählt als einzelnes Mitglied im Kreistag Balingen/Zollernalb. Ich habe zwei Mal studiert, einmal mit 20 Forstwirtschaft, dann mit 40 Soziale Arbeit. In sozialrechtlichen Fragen konnte ich viele Erkenntnisse und Erfahrungen erwerben, die ich derzeit in einer Fachberatungsstelle der Erlacher Höhe in Horb am Neckar einbringe. Von meinem Arbeitgeber habe ich volle Unterstützung bei der Ausübung des Kreistagsmandates, obwohl Wohn- und Arbeitsort verschiedene

Landkreise umfassen. Meine fachlichen Schwerpunkte sind die Umsetzung des kommunalen Anteils beim SGB II, die Grundsicherung und Eingliederungshilfe SGB XII, die Wohnungslosenhilfe und allgemein die Verbesserung von Beratungsangeboten. In andere Bereiche arbeite ich mich gerne ein, bin aber auch auf Unterstützung anderer angewiesen. Jenseits der Kommunalpolitik ist mir der Wiederaufbau des Kreisverbandes Zollernalb ein Anliegen.

Bessere soziale Rahmenseetzungen: Für den Zollernalbkreis möchte ich eine menschenfreundlichere Behördenstruktur, die frei von destruktiver Klientelpolitik ist und auch die Anliegen sozial Schwacher und Hilfebedürftiger ernst nimmt. Unterstützungs- und Beratungsangebote müssen ausgebaut und als Investition in die Gesellschaft verstanden werden. Sozialrechtliche Rahmenseetzungen dürfen gerne ausgeschöpft werden, Einsparungen durch restriktives Ermessen lehne ich ab. Im Gesundheitswesen und in der Pflege haben die Menschen im Vordergrund zu stehen und nicht das kurzfristige Gewinnstreben. Eltern von schulpflichtigen Kindern müssen bei den Schulnebenkosten entlastet werden und behinderte Mitmenschen wollen ein selbstbestimmtes Leben führen. Die Schulsozialarbeit, Beratungsangebote und kostenlose Ganztagesbetreuungen an Schulen und Kindertagesstätten müssen ausgebaut werden. Für sozial Schwache sind Vergünstigungen bei der Schülerbeförderung geboten, grundsätzlich muss der öffentliche Nahverkehr verbessert werden. Außerdem möchte ich mich für eine Regionalisierung der Landwirtschaft, und für den Ausbau des sanften Tourismus einsetzen. Eine umfassende Willkommenskultur trägt zu einem gelungenen Standortmarketing und zur Entwicklung des Tourismus bei. Insgesamt fehlt es in vielen Themenbereichen an Vernetzung und Koordination. Eine gute Infrastruktur, sowie eine soziale und weltoffene Kommunalpolitik sind die besten Grundlagen für die Förderung der regionalen Wirtschaft.

LisSt Freiburg: alle vier wiedergewählt

Die bisherigen Stadträte der Linken Liste – Solidarische Stadt in Freiburg wurden wiedergewählt: **Michael Moos, Hendrijk Guzzoni, Ulrike Schubert und Lothar Schuchmann.**

Ulrike Schubert, Buchhändlerin, Stadträtin der LisSt seit 2004:

Unsere Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Listen (UL) besteht bislang aus 7 GemeinderätInnen von LisSt (4), Kulturliste (2) und Unabhängigen Frauen Freiburg (1). Schwerpunkte meiner Fraktionstätigkeit sind der Sozialausschuss und die AG Job Center, zudem der Umwelt- und der Personalaussschuss sowie u.a. der Beirat für Menschen mit Behinderungen und der Aufsichtsrat ASF (Abfallwirtschaft). Nach langjähriger Betriebsratsarbeit bin ich aktiv bei Verdi (Bezirksfrauenrat und Bezirksvorstand), aber auch bei der AG Beteiligungshaushalt der Lokalen Agenda, im Freundeskreis SWR Sinfonieorchester und im Stadtteil in dem Beirat der Quartiersarbeit und Straßennamen – Lesungen der Anderen Art.

Ulrike Schubert



Lothar Schuchmann, Kinderarzt, LisSt-Stadtrat, Mitglied der LINKEN:

Die Linke Liste Solidarische Stadt (LiSS) ist ein Personenbündnis, in dem auch kommunalpolitisch interessierte Freiburger Linke (LINKE) in größerer Zahl mitarbeiten. Zusammen mit den Unabhängigen Frauen Freiburg (UFF) und der Kultur-Liste (KULT) bilden wir weiterhin die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen (UL) mit sieben Stadträtinnen die viertstärkste Fraktion. Kommunalpolitisch steht für die UL das Thema „Bezahlbarer Wohnraum für alle“. In der rasch wachsenden Stadt Lothar Schuchmann ganz oben diskutiert werden gerade die Gewinnung von mehr Bauland und die dringende Aktivierung unserer Baubehörden.

Als langjährigem Kinderarzt liegt mir das Thema Kinderarmut mit den Folgen Gesundheitsstörungen und Bildungsferne besonders am Herzen. Als Mitglied in Kinder- und Jugendhilfeausschuss und Sozialausschuss sehe ich vor allem die Bedeutung eines frühen Beginns der Hilfen für sozial benachteiligte Familien. Ich setze mich für den zügigen Ausbau der „Frühen Hilfen“ mit Familienhebammen und Kinderkrankenschwestern ein, plädiere für mehr Qualität in Kinderkrippen, für intensivere Förderung von Sprache und Feinmotorik in den KITAS, für die Gemeinschaftsschulen mit dem Blick auf Individualität und Heterogenität im Unterricht und für ein Programm, das allen Jugendlichen eine gute Lebensperspektive sichert: Kein Jugendlicher sollte ohne Schulabschluss



Andreas Hauser



Lothar Schuchmann

die Schule verlassen! Weitere Schwerpunkte meiner Stadtratsarbeit waren und sind die Unterstützung des Behindertenbeirats und die Verbesserung der Lage der Obdachlosen/Wohnungslosen, die Freiburg derzeit eher schlecht aussehen lässt. Ich bin sicher, dass wir in den nächsten fünf Jahren weiterhin eine wirksame Opposition und Stachel im Fleisch der Verwaltung sein werden.

KV Karlsruhe: Nur das Ausrufezeichen fehlt (!)

Absolut zufrieden sind die Genossinnen und Genossen des Linken Kreisverbandes in Karlsruhe mit dem Ergebnis der Kommunal- und Europawahlen in ihrer Region.

Sämtliche Wahlantritte der Partei brachten den erhofften Erfolg. Erstmals konnten auch im Landkreis Karlsruhe erfolgreich Mandate bei den Kommunalwahlen errungen werden.

Jeweils ein Gemeinderatsmandat erkämpfte sich die Partei in Bretten (Hermann Fülberth) und Bruchsal (Thurid Feldmann). Ein stolzer Erfolg für die Partei, die in beiden Städten erstmals zur Kommunalwahl angetreten ist.

Ebenso beachtenswert das erste Kreistagsmandat (Jürgen Creutzmann) für den Landkreis. Auch hier zeigte ein äußerst engagierter Wahlkampf seine positive Wirkung. Sowohl in den



Sabine Zürn

beiden Städten wie auch im Landkreis konnte die Partei von ihren klaren Positionen gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum, der Ausdünnung in der Gesundheitsversorgung und der deutlichen Benennung

der sozialen Probleme in der Region profitieren. Wohltuend konnte sich hier die Partei von den inhaltsschwachen Aktivitäten der etablierten Parteien und Wählervereinigungen abheben.

Besonders überraschend dabei der Coup der Linken in Bruchsal und im Landkreis. Hier hatte sich die Partei erst ziemlich kurzfristig entschlossen zur Kommunalwahl anzutreten und konnte deshalb keine vollen Mandatslisten präsentieren.

Erfolgreich war die Partei aber auch in der Stadt Karlsruhe selbst. Trotz langjähriger Vertretung im Gemeinderat mit zwei Mandaten (Sabine Zürn und Nico Fostiropoulos) und dem Bundestagsmandat von Karin Binder wahrlich kein Selbstläufer. Unter den Unistädten im Ländle ist Karlsruhe sicherlich die konservativste Kommune. Nebenbei auch baden-württembergische Hochburg der Grünen und zuletzt auch enormer An-

hängerschaft für die Piraten, jedenfalls unter den Studierenden und den Beschäftigten im Bereich der Technologie.

Das Wahlergebnis von 4,2% auf 5,1 % zu steigern war schon ein enormer Erfolg. Ein halbes Prozent mehr an Stimmen hätte am Ende tatsächlich auch das ersehnte, dritte Mandat, in der Fächerstadt gebracht. Insofern fehlte am Ende tatsächlich nur das berühmte Ausrufezeichen zu einem absoluten Wahlerfolg.

Nun geht es darum die Anbindung an die kommunalpolitische Arbeit zu organisieren. In Karlsruhe selbst werden die Gemeinderäte auf das bewährte Konzept der themenbezogenen Zusammenarbeit setzen, was in der Vergangenheit interessanterweise öfters mit den Grünen als mit der SPD erfolgreich praktiziert wurde.

In Bretten und Bruchsal und im Landkreis gibt es ebenfalls erste Sondierungen innerhalb des sogenannten „linken Lagers“.

Überdurchschnittlich gut war übrigens auch das Wahlergebnis für die Europawahl. Gab es vor 4 Jahren Ergebnisse so um die 4 Prozent herum, konnte sich die Linke hier durchaus beachtlich steigern. In Karlsruhe selbst konnte die 5 Prozentmarke, mit 5,3% gut übersprungen werden.

Übrigens brachte der erfolgreiche Wahlkampf dem Karlsruher Kreisverband einen deutlich spürbaren Mitgliederzuwachs. Entsprechend hoch ist die Motivation um sich auf die nun anstehenden Aufgaben vorzubereiten und das Profil der Partei weiter zu schärfen. Denn nach der Wahl ist ja bekanntlich vor der Wahl.

Elwis Capece, Kreisverband Karlsruhe, Mitglied des Landesvorstands

Bretten: jetzt nicht mehr nur außerparlamentarisch

Hermann Fülberth, Jahrgang 1947, ev., Verkehrsfachwirt IHK, seit 2 Jahren im Ruhestand. Parteimitglied, Stadtrat der Großen Kreisstadt Bretten.

Im Brettener Gemeinderat werde ich mich als Vertreter der LINKEN verschiedener Themen annehmen, die schon bisher in der außerparlamentarischen Arbeit des Ortsverbandes eine wichtige Rolle spielten. Dies gilt z.B. für den Neubau der örtlichen Klinik und die von uns geforderte Wieder- einrichtung einer Geburtshilfestation und für das Thema der zum Teil menschenwürdigen Unterbringung von Leiharbeitern, die bei einem hier ansässigen Unternehmen beschäftigt



Hermann Fülberth

sind. Aber auch Fragen des Sozialwohnungsbaus, des Ausbaus der ÖPNV-Verbindungen und die Stadtplanung im Interesse der Bürger werden eine Rolle spielen. Ganz aktuell ist derzeit das Thema eines Neubaus der Brettener Moschee, die bereits beschlossen war, jetzt aber von CDU und Freien Wählern mit fadenscheinigen Argumentationen wieder infrage gestellt wird. Ganz allgemein ist es mir ein Anliegen, für mehr Transparenz, Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik zu sorgen: die verschlossenen Türen und die „stillen Kämmerlein“ müssen geöffnet werden, die Bevölkerung muss erkennen können, was, wie und in wessen Interesse entschieden wird.

Gemeinderat Konstanz: jetzt zwei Mandate

Anke Schwede und Holger Reile wurden in den Konstanzer Gemeinderat gewählt. Holger Reile war schon bislang im Rat, Anke ist neu gewählt. Die selbständige



Lektorin war und ist seit vielen Jahren in verschiedenen emanzipativen, antifaschistischen und friedenspolitischen Initiativen und Gruppierungen aktiv. Beispielsweise beim Netzwerk gegen Rechts, der **Anke Schwede** VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), der Linken Liste und Kreislinken Konstanz.

Schwerpunkt ihrer künftigen Arbeit im Gemeinderat ist das Engagement für sozial Benachteiligte, insbesondere Wohnungs- und Arbeitslosen muss das Recht auf gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe gewährt werden, anstatt Almosenpolitik zu betreiben.

Dazu gehört für Anke Schwede unter anderem die längst fällige Aktualisierung des Armutsberichts von 2002 und die Ausweitung des Konstanzer Sozialpasses: der öffentliche Personennahverkehr muss für SozialpassinhaberInnen kostenlos sein, da sie in besonderem Maße auf Mobilität angewiesen sind. Langfristiges Ziel der Linken Liste Konstanz ist der kostenfreie ÖPNV für alle Konstanzer Bürgerinnen und Bürger. Auch das Thema Altersarmut wird uns zunehmend beschäftigen, worauf der hiesige Stadtseziorenrat zu Recht hinweist. Und: Transparenz und Demokratie dürfen nicht nur wohlfeile Floskeln sein, sondern erfordern Öffentlichkeit bei kommunalpolitischen Entscheidungen und die kompromisslose Einschränkung von Lobbyismus.

die-linke-kn@gmx.de oder Anke.Schwede@gmx.de, telefonisch unter 07531 690930 sowie 0171 5463884.

Auch Mietspiegel, Sanierungen und Wohnbaugesellschaften treiben die Mieten in Tübingen

Anton Brenner Kreisrat der Tübinger Linken, Kreisecke im Schwäbischen Tagblatt, Juni 2014

Die Kreisbau-Gesellschaft war, wie die städtische GWG, früher eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft. Heute sorgt auch die Kreisbau dafür, dass das Wohnen immer teurer wird. Die drei Instrumente sind: Ökologische Sanierung, Mietspiegel und Verkauf denkmalgeschützter Gebäude. Das Trommelfeuer für das Dämmen älterer Wohnungen ist in den ökologischen Folgen zweifelhaft, führt aber todsicher zu höheren Mietpreisen. Wo der Quadratmeter früher noch 4 Euro kostete, sind jetzt mindestens 6,50 Euro fällig. Die Einsparung der Energiekosten? Allenfalls 50 Cent pro Quadratmeter. Die Politik versprach 2011 (Beschluss der Ministerpräsidenten): Die Mietsteigerung darf nicht höher sein als die Einsparung an Energiekosten. Jetzt hat man den Eindruck, dass die „energetische Sanierung“ gezielt zur Erhöhung des Mietniveaus eingesetzt

wird. Anders sind die jahrelangen Leerstände ehemals gemeinnütziger Wohnungen im heiß gelaufenen Bausanierungsmarkt nicht zu verstehen.

Ist das Mietgebäude denkmalgeschützt, wird es an private Investoren verkauft. Die können die enormen Kosten auf zehn Jahre abschreiben und pro 100.000 Euro Kosten 43.000 Euro Steuern einsparen, müssen aber trotzdem mindestens 12 Euro Miete pro qm verlangen. Der Staat könnte die verlorenen Steuern auch für den sozialen Wohnungsbau einsetzen und damit für eine halb so hohe Miete sorgen.

Auch die Kreisbau hat sich für die Einführung des Mietspiegels eingesetzt, erklärtermaßen, um leichter und unbürokratischer die Mieten erhöhen zu können. Der Mietspiegel wird alle zwei Jahre aktualisiert. Grundlage dafür sind nur Neuvermietungen. Nach der gegenwärtigen Gesetzeslage ist der Mietspiegel ein automatischer Mieterhöhungsspiegel. Die ehemals gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften

tragen kräftig dazu bei, indem Billigwohnungen per Sanierung und Verkauf vom Markt verschwinden. Angefeuert von der kreiseigenen Klimaagentur. Auch die grün-rosa Landesregierung verhöckert die landeseigenen Wohnungen so teuer wie möglich. Landeseigene Grundstücke gehen nicht wie früher an die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, sondern an die teuersten Halsabschneider. So werden „grün“ und „ökologisch“ für viele gleichbedeutend mit „unbezahlbar“ und „unsozial“. Solange die SPD dabei mitmacht, muss sie sich nicht darüber wundern, dass sie nicht nur bei der Kreistagswahl weiter absackt, weil ihre Stammwähler zu Hause bleiben ...

(Anton Brenner war seit 1999 für die Tübinger Linke im Gemeinderat und seit 2004 im Kreistag. Er hat bei der Kommunalwahl 2014 nicht mehr kandidiert. Er wird die neuen, jeweils vierköpfigen Fraktionen weiter mit Rat und Tat unterstützen)

Mannheim: Ist die Gemeinschaftsschule schon wieder vergessen?

Wann werden aus der Pleite der Werkrealschule nachhaltig richtige Konsequenzen gezogen?

Der Ausschuss für Bildung und Gesundheit des Gemeinderats sowie der Schulbeirat befassten sich am 25.6. drei Stunden lang und wegen der Wichtigkeit des Themas unter Vorsitz des Oberbürgermeisters persönlich mit einer Verwaltungsvorlage unter dem Titel: „Ergebnisse der Schulentwicklungskommission Weiterführende Schulen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Schullandschaft“ (V269/2014). Entscheiden soll dann der Gemeinderat auf seiner letzten Sitzung in der auslaufenden Amtszeit am 10. Juli. Der Bildungsausschuss empfahl knapp mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU und ML die Annahme durch den Gemeinderat. Die FDP enthielt sich.

Kernpunkt ist der Plan, fünf Werkrealschulen in Mannheim zu schließen und die Verwaltung zu beauftragen, die Genehmigung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde einzuholen.

Betroffen sind die Schillerschule – Werkrealschule, Pestalozzischule – Werkrealschule, Geschwister-Scholl-Werkrealschule, Friedrich-Ebert-Werkrealschule, Konrad-Duden-Werkrealschule. An allen diesen Schulstandorten gibt es parallel entweder Grund- oder Realschulen. Es soll also kein Schulstandort aufgegeben werden.

Die Vorlage stellt eingangs fest:

„Die demografische Entwicklung in Baden-Württemberg, verändertes Schulwahlverhalten und zahlreiche bildungs-

politische Reformen führten zu den wohl umfangreichsten Veränderungen der Schullandschaft der vergangenen Jahrzehnte. Nach dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung und dem damit gestärkten Schulwahlverhalten der Eltern, verbunden mit dem Trend zum höheren Schulabschluss, erhöhten sich die Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen mit Ausnahme der Werkrealschulen. Bereits seit 2004 verstärkt sich der überdurchschnittliche Rückgang der Anmeldezahlen drastisch. Deshalb erfolgte bereits 2009 in Mannheim eine Reduzierung der Werkrealschulstandorte von 20 auf 12.“ (Damals noch Hauptschulen, teilweise Weiterführung als Werkrealschulen).

Hintergrund ist der Rückgang der Übergangszahlen von der Grundschule auf die Werkrealschulen zwischen 2004/5 und 2012/13 um über die Hälfte. Die Unverbindlichkeit der Grundschulempfehlung beschleunigte den Trend, verursachte ihn aber nicht. Bis 2019 wird eine weitere Halbierung prognostiziert. Es ist eine „Abstimmung mit den Füßen“, wie der OB richtig feststellte. Der Schultyp Werkrealschule lässt sich nicht halten. Wenn nicht mindestens zwei Klassen je Jahrgang gebildet werden können, kann die Qualität nicht mehr gehalten werden. Es wäre eine unverantwortliche Vergeudung von Schul- und Lehrerressourcen.

Anderthalb Jahre lang hatte eine vom OB eingesetzte Schulentwicklungskommission aus Schul- und Schulamtsvertre-

tern, den bildungspolitischen Sprechern der Fraktionen, Elternbeirats- und Personalratsvertretern und der GEW sich mit der Entwicklung der Werkrealschulen, der Realschulen und der Gymnasien in Mannheim befasst und die Schulschließungen von Werkrealschulen quantitativ wie dann auch standortbezogen diskutiert. Dabei spielten Kriterien wie Schülerzahlen, Bausubstanz, getätigte und anstehende Investitionen eine Rolle, wie auch Erreichbarkeit der Schulen. Die Schließungen sollen in Form eines drei Schuljahre langen Auslaufens vollzogen werden. Die freiwerdenden Kapazitäten sollen meist für die Überführung der Parallelschule in Ganztagesbetrieb genutzt werden. Teilweise geht es auch um Schulneubauten oder Generalsanierung der verbleibenden Schulen. Es geht also auch um die Beendigung einer jahrelangen Ungewissheit über Investitionsentscheidungen. Insofern werden die anvisierten Schließungen sogar von den betroffenen Schulen teilweise begrüßt.

Weder „nachhaltig noch zukunftsfähig“

Der Verwaltungsvorschlag ist durchaus durchdacht und reagiert auf die festgestellte Entwicklung. Würde die Stadt nicht reagieren, würde das Regierungspräsidium / Oberschulamt ersatzweise nach seinen Vorstellungen durchgreifen. Die Schließungen sind jedoch insoweit konzeptionslos, weil sie das Grundproblem nicht angehen. Wenn die Eltern die Werkrealschulen z.B. angesichts der Schlechterstellung bei der Ausbildungs-

platzsuche zunehmend ablehnen und höherwertige Abschlüsse für ihre Kinder anstreben, sind weder die Realschulen noch die Gymnasien auf die Herausforderungen durch Schüler, die früher eigentlich Hauptschüler gewesen wären, eingestellt. Es braucht erweiterte Lehrerkompetenzen in den weiterführenden Schulen, mehr individuelle Fördermöglichkeiten, Ganztagesbetrieb. Und das Ganze auch noch inklusiv.

Die Aufgabe, die sich z.B. den Realschulen damit stellt, ist genau diejenige, welche Gemeinschaftsschulen auszeichnet. Nur will dies niemand zugeben. Die grün-rote Landesregierung spricht nun von einem „zweigliedrigen“ Schulsystem: Realschulen und Gymnasien. Die Realschulsäule soll auch den Hauptschulabschluss bieten, aber auch zur Hochschulreife führen. Das Gymnasium soll daneben seine unveränderte Existenz weiterführen können. Es ist die Kapitulation vor einer anstehenden grundlegenden Schulreform. SPD und Grüne, die einst auch für die Gemeinschaftsschule eintraten, haben die Köpfe eingezogen. Schlechte Erfahrungen mit einem Bürgerentscheid in Hamburg, erregter Widerstand der gutbürgerlichen Kräfte – all dies motiviert sie nicht, das Unvermeidliche anzugehen.

Die Gemeinschaftsschule muss die Orientierungslinie werden

Der Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, der nun in die Debatte eingriff, ließ so manche Erkenntnis in dieser Richtung durchschimmern, wenn er einen ZEW-Wissenschaftler zitierte, der da meint, die zweite Säule neben dem Gymnasium sei nur noch mit Abitur denkbar. Und er verwies auf die IGMH, die deswegen so beliebt sei, weil sie nicht vorschnell weiterführende Optionen abschneide. Und genau darum gehe es, allen Schülern alle Optionen offen zu halten. Eine stabile Werkrealschule sei eine Illusion. Neben dem Gymnasium gebe es später nur noch eine echte und eine unechte Gemeinschaftsschule.

Dieses Votum richtet sich eindeutig aber nicht konsequent gegen selektive Schulsysteme, ohne eine praktikable und logische Konsequenz Richtung Gemeinschaftsschule zu ziehen. Der OB intervenierte gegen den Vorschlag des Dezernats und damit der Schulentwicklungskommission mit folgendem Vorschlag: Für die Standorte Ebert und Geschwister Scholl solle bis Ende des Jahres entschieden werden, ob an diesen Standorten weiterführende Schulen eingerichtet werden „als Verbund-, als Real- oder als Gemeinschaftsschulen. Diesem Vorschlag folgte der Ausschuss.

Nicht zu vergessen: Drei Werkrealschulen hatten auch Pläne und vor allem die Bereitschaft geäußert für die Errichtung von Gemeinschaftsschulen (Humboldt-,

Duden- und Pfingsberg-Schule). Es besteht also die Option auf fünf Gemeinschaftsschulen.

Die Linke wird hier nicht locker lassen. Die geplanten und weitere Werkrealschulschließungen sind zwar unvermeidlich, aber sie sind keine Lösung!

Der neue Gemeinderat in seiner Patt-Zusammensetzung lässt da keine neuen Impulse der großen Parteien erwarten. Aber man soll nie Nie sagen!

Thomas Trüper

Ortenau: Fritz Preuschoff klagt für Kreistagsmandat

Neugewählt in den Ortenauer Kreistag wurden Andreas Kirchgeßner und Lukas Oßwald. Nachrücker wäre wieder Fritz Preuschoff, dem in der vergangenen Periode der Einzug in den Kreistag verweigert wurde. Er ist im Krankenhaus

beschäftigt, das wurde als Hinderungsgrund bewertet. Dagegen klagt Fritz jetzt in der zweiten Instanz vor dem Verwaltungsgerichtshof.

Im September 2012 sollte ich in den Kreistag nachrücken, weil unser Kreistagsmitglied verstorben war und der erste Nachrücker in ein anderes Kreisgebiet umgezogen ist. Der Kreistag lehnte meine Mitgliedschaft im Kreistag ab, weil bei mir ein Hinderungsgrund vorlag. Als Kreisbeschäftigter kann ich nicht Mitglied im Kreistag sein, weil ich keine körperliche Arbeit ausübe. Wer geistige Arbeit verrichtet, kann nicht in den Kreistag, so die Landkreisordnung von Baden-Württemberg. Grundlage des Landesgesetzes ist Artikel 137 Grundgesetz, der den Bundesländern die Möglichkeit eröffnet, Gesetze zur Beschränkung des passiven Wahlrechtes zu erlassen. In 137 ist von Beamten und An-

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Politikakademie für junge Aktive

Ein Kurs der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg über Theorie und Praxis linker Politik

Linke Politik will die Welt verändern. Dazu braucht sie Wissen über die Gesellschaft und über die Machtverhältnisse, die sie verändern will. Sie braucht Menschen, die sich vor Ort engagieren wollen und die bereit sind, sich mit anderen gemeinsam einzusetzen. Linke Politik braucht Menschen, die sich nicht abschrecken lassen von der Macht der Anderen und die Spaß daran haben, sich mit anderen zu vernetzen und zu organisieren.

Wir wollen jungen Menschen theoretische Denk- und praktische Handwerkzeuge vermitteln, um sie zu befähigen, zu Akteuren linker Politik und zu Subjekten der gesellschaftlichen Veränderung zu werden. Wir laden ein zu einem Kurs, in dem wir Theorie und Praxis, Strategien und Handlungskompetenzen von linker Politik verbinden wollen.

Im Kurs werden wir uns einerseits mit **Theorie und Analyse** beschäftigen: Grundlagen von Kapitalismus und Globalisierung, von Neoliberalismus, Rassismus und Patriarchat. Wie verhalten sich die Strukturen im Kapitalismus zum Handeln. Wie funktioniert Herrschaft, was sind Theorien von Veränderung, von Gegenmacht und Hegemonie?

Gleichzeitig wollen wir uns mit der **Praxis** gesellschaftsverändernden Handelns auseinandersetzen: Mit der Geschichte linker Politik und linken politischen Praxen heute. Und wir wollen selber Praxis entwickeln, indem wir im Kurs gemeinsam ein politisches Projekt entwickeln: eine Kampagne, eine Aktion, ein Organizing-Projekt. Was genau hier stattfindet, wird, wie auch die übrigen Inhalte des Kurses, gemeinsam mit den Teilnehmenden besprochen und entwickelt. Und für eine erfolgreiche Durchführung des Praxisprojekts wollen wir uns das nötige Handwerkzeug aneignen: Wie organisieren wir politische Entscheidungsfindungen? Wie gewinnen wir MitstreiterInnen und Verbündete? Was kommt auf ein Flugblatt oder in eine Pressemitteilung? Wie organisiere ich attraktive Versammlungen oder Veranstaltungen? Wie leite ich eine Diskussion? Wie beziehe ich Interessierte ein? Wie gehe ich mit Meinungsverschiedenheiten um, damit Ergebnisse erzielt werden?

Der Kurs beginnt im Herbst 2014 und erstreckt sich über 6 Wochenendmodule und eine Intensivwoche bis Ende des Jahres 2015. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Die Teilnahmegebühr beträgt 75 Euro. Die genauen Termine und die einzelnen Inhalte der Seminare werden so bald wie möglich auf der Webseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg: www.rls-bw.de bekannt gegeben.

Weitere **Infos und Bewerbung** an: Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg / Alexander Schlager, Ludwigstr. 73A, 70176 Stuttgart, schlager@rosalux.de | 0711-99797090

gestellten des öffentlichen Dienstes, Soldaten die Rede. Arbeitnehmer, die körperliche Arbeit ausführen, sind nicht genannt. In Eilverfahren hatte ich versucht, doch noch in den Kreistag zu kommen. Sowohl das Verwaltungsgericht Freiburg wie auch der Verwaltungsgerichtshof Mannheim haben meine Anträge abgelehnt. Der VGH Mannheim war aber der Meinung, dass er erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber der Landkreisordnung Ba-Wü hat. Eine Klärung kann aber nur in einem verwaltungsrechtlichen Verfahren, nicht in einem Eilverfahren beantwortet werden.

Das Verwaltungsgericht Freiburg hat meinen Antrag inzwischen abgelehnt.

Kampf um den Mindestlohn

Der 3. Juli 2014 hätte ein wirklich historischer Tag für die soziale Gerechtigkeit in Deutschland werden können, wenn ein flächendeckender Mindestlohn ohne Ausnahmen in Höhe von 10 Euro im Bundestag verabschiedet worden wäre.

Von Michael Schlecht, MdB, Wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag

Der 3. Juli 2014 hätte ein wirklich historischer Tag für die soziale Gerechtigkeit in Deutschland werden können, wenn ein flächendeckender Mindestlohn ohne

Rechtsbeschwerde wurde aber zugelassen, um klären zu können, ob § 24 Abs. 1 Nr.1 Landkreisordnung mit § 137 Abs. 1 Grundgesetz vereinbar ist.

Verletzt die Landkreisordnung das Grundgesetz, sind die bisherigen Entscheidungen falsch und der Gesetzgeber müsste tätig werden. Das passive Wahlrecht wird nach der Landkreis- und Gemeindeordnung von Baden-Württemberg beschränkt. D.h. Es geht um die Beschränkung des passiven Wahlrechtes für Beschäftigte der Landkreise und der Kommunen. 2014 habe ich wieder für den Kreistag kandidiert und wurde als erster Nachrücker gewählt. Somit muss eine Klärung herbeigeführt werden.

Ausnahmen in Höhe von 10 Euro im Bundestag verabschiedet worden wäre. Leider ist dies nicht geschehen. Vielmehr gibt es einen Mindestlohn von 8,50 Euro mit vielen, viel zu vielen Ausnahmen. Anstatt fünf Millionen Menschen vom Hungerlohn zu befreien, werden es vermutlich nur 2,5 Millionen sein. Das ist mehr als nichts. Gleichzeitig sind mit der Einführung eines ungenügenden, zerstückelten Mindestlohnes die Auseinandersetzungen der nächsten Jahre vorgezeichnet. In der Bundestagswahl 2017 wird es aus heutiger Sicht um einen wirklich flächendeckenden Mindestlohn von 12 bis 13 Euro gehen.

Bereits im ursprünglichen Regierungsentwurf der GroKo war vorgesehen, dass junge Beschäftigten unter 18 Jahren und Langzeiterwerbslose vom Mindestlohn ausgenommen werden. Sie werden zu Beschäftigten zweiter Klasse gemacht. Rund einer Million Langzeiterwerbslosen wird der Mindestlohn vorenthalten. Aber gerade sie werden besonders häufig mit niedrigen Löhnen abgespeist. Statt dies noch zu legitimieren, hätte die GroKo sie schützen und in den vollen Schutz des Mindestlohnes einbeziehen müssen.

Ebenso skandalös ist Beschäftigte unter 18 Jahren vom Mindestlohn auszunehmen. Mehr als 300.000 Jugendliche arbeiten und sind nicht in einer Ausbildung. Fast alle von ihnen gehen ausschließlich einem Minijob oder einer kurzfristigen Beschäftigung nach. Das sind in der Regel Schülerinnen und Schüler, die sich neben der Schule oder in den Ferien etwas hinzuverdienen. Es ist nicht hinzunehmen, dass sie für ihre geleistete Arbeit weniger Lohn erhalten sollen als über 18-Jährige. Das ist Altersdiskriminierung und verfassungswidrig.

Kurz vor der Beschlussfassung im Bundestag hat die Bundesregierung ihren eigenen Gesetzentwurf geändert und Zeitungszustellerinnen und Zusteller sowie Saisonarbeitskräfte vom Mindestlohn ausgenommen. Auch für freiwillige Praktika bis zu drei Monaten gibt es keinen

Mindestlohn.

Die Sonderregelung für 300.000 Zeitungszusteller sieht vor, dass im Jahr 2015 der Stundenlohn 25 Prozent und im Jahr 2016 15 Prozent unter dem Mindestlohn liegen darf. Für das Jahr 2017 bleibt es bei 8,50 Euro, selbst wenn dann eine Erhöhung des Mindestlohnes festgelegt wurde. Frühestens ab 2018 werden Zeitungszusteller den allgemein geltenden Mindestlohn erhalten. Sofern dies nicht bis dahin wieder mit einer intensiven Bearbeitung der Mehrheitskräfte im Bundestag durchkreuzt wird. Politiker sind eben besonders sensibel gegenüber Lobbyisten, wenn sie befürchten müssen, dass diese sich für Unbotmäßigkeiten rächen könnten. Dabei hätten die Zeitungsverleger die Möglichkeit gehabt durch Abschluss eines Tarifvertrages mit Verdi einen gleitenden Einstieg in den Mindestlohn sicherzustellen. Aber Tarifverträge scheuen sie wie der Teufel das Weihwasser.

Bei den rund 800.000 Saisonarbeitskräften sollen die Kosten für Verpflegung und Unterkunft mit dem Mindestlohn verrechnet und die versicherungsfreie Zeit von derzeit 50 Tagen auf zukünftig 70 Tage ausgeweitet werden. Saisonarbeitskräfte sind befristet Beschäftigte, für die sowohl europarechtlich als auch nach deutschem Recht das Diskriminierungsverbot gilt. Hinzu kommt, dass mit der Anrechnung der Kosten für Verpflegung und Unterkunft auf den Mindestlohn Mietwucher bei Saisonarbeitskräften programmiert ist. Und die Ausweitung der versicherungsfreien Zeit auf 70 Tage kann dazu führen, dass Saisonarbeit sich auf weitere Bereiche wie zum Beispiel die Tourismusbranche ausweitet.

Je mehr Ausnahmen es gibt, desto schwieriger werden die Kontrollen und desto weniger ist den Betroffenen bekannt, welche Regelung für sie gilt. Für die Durchsetzung des Mindestlohnes ist die Einführung eines Verbandsklagerechts für die Gewerkschaften wichtig. Dann können diese für den einzelnen Beschäftigten gegen seinen Unternehmer klagen um die Zahlung des Mindestlohnes sicherzustellen.

Seit mehr als zehn Jahren haben vor allem Verdi, die NGG und DIE LINKE für den gesetzlichen Mindestlohn gekämpft. Für die Zukunft muss es darum gehen einen wirklich flächendeckenden Mindestlohn durchzusetzen. Der Kampf darum hat mit dem jetzigen Mindestlohn bei aller Kritik bessere Ausgangsbedingungen. Darüber hinaus ist es entscheidend, dass die gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht im Kampf um bessere Tariflohnerhöhungen und Arbeitsbedingungen wieder gestärkt werden. Dazu müssen prekäre Arbeitsverhältnisse beendet werden, also Schluss mit sachgrundloser Befristung, Leiharbeit, Werkverträgen usw.

Heuschrecken verbieten / Solidarität mit den Beschäftigten bei WMF

„Was da bei WMF in Geislingen an der Steige passiert ist Kapitalismus pur oder auf schwäbisch gesagt eine Sauerei“, so Michael Schlecht, Wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Ein grundsolides Unternehmen, das in Deutschland hochwertige Produkte herstellt und anständige Tariflöhne bezahlt wird von einer Heuschrecke aufgekauft und zerlegt. Dagegen ist scharfer Protest und Widerstand gerechtfertigt, mehr noch es ist Bürgerpflicht. Dazu besteht Gelegenheit mit Teilnahme an der Solidaritätsaktion am 19. Juli 2014 vor dem Konzernsitz der WMF AG in Geislingen. „Nicht alles was erlaubt ist, ist deshalb auch in Ordnung“, so Michael Schlecht weiter. Die Heuschreckenplage ist nämlich nicht gottgegeben, nein, sie kommt aus der Koalitionszeit von SPD und Grünen, direkt aus dem Deutschen Bundestag. Dort wurde 2004 im sogenannten Investmentmodernisierungsgesetz erst möglich gemacht, was bei WMF nun passiert und bei vielen anderen Firmen schon passiert ist. Deshalb fordert DIE LINKE erneut dieses unsägliche Gesetz wieder abzuschaffen und die Arbeitsplätze zu sichern.

Vorankündigung:

Gesundheitskonferenz im November

Am 28. November 2014 veranstaltet die Bundestagsfraktion der Linken eine Konferenz zur Situation in Pflege und Gesundheit u.a. mit Bundestagsabgeordneten, Beschäftigten und Gewerkschaftsvertreterinnen.

Ort: Stuttgart, Bürgerzentrum West, Bebelstr. 22, 70194 Stuttgart

Freitag, 28.11. von 16:30 bis 20 Uhr

Die Einladungen werden nach der Sommerpause verschickt. Interessierte bitte im Landesbüro oder den Abgeordnetenbüros melden.

Der Protest muss lauter werden

„Pflege am Boden?“ – Krankenhausratschlag der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

150 Betriebs- und Personalrätinnen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie aktive Pflegekräfte aus Krankenhäusern verschiedener Bundesländer trafen sich am 27. Juni in Kassel zu einem Ratschlag der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Hintergrund ist die zunehmende Arbeitsverdichtung in den Kliniken und der ungeheure Druck, unter dem die Pflegekräfte arbeiten müssen. Das geht auf die Knochen – aber auch zu Lasten der Versorgung von Patientinnen und Patienten. DIE LINKE fordert gemeinsam mit der Gewerkschaft Verdi mehr Personal für Krankenhäuser durch eine gesetzliche, bundesweit verbindliche Personalbemessung. Der Pflegenotstand muss beseitigt werden. Der Großen Koalition wollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Druck machen, die vagen Ankündigungen im Koalitionsvertrag in die Tat umzusetzen.

Im Mittelpunkt standen der Austausch zwischen den vielen Aktiven aus Kampagnen, Bündnissen und Arbeitskämpfen über ihre Erfahrungen in betrieblichen Auseinandersetzungen. Der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger und Dr. Thomas Böhm, Chirurg, ehemaliger Personalratsvorsitzender des Klinikums Stuttgart, heute Sprecher der betrieblichen Interessenvertretungen Baden-Württemberg (BIV), leiteten die erste Diskussionsrunde ein. Beide beschrieben die neoliberale

Umstrukturierung der Krankenhäuser durch Privatisierung, Ökonomisierung und Unterfinanzierung. Der Pflegenotstand ist Ergebnis politischer Strategien, kein Sachzwang oder „Politikversagen“.

Am Nachmittag sprachen nach einem Grußwort von Sylvia Bühler, Leiterin des Bundesfachbereichs Gesundheit und Soziales der Gewerkschaft Verdi, der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion, Harald Weinberg und Volker Mörbe aus dem Präsidium des Verdi-Bundesfachbereichs Gesundheit und Soziales. Beide setzten darauf, dass die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus nur durch gemeinsames Handeln der Beschäftigten sowie Eigeninitiative und (Arbeits-)Konflikte Beschäftigten verbessert werden können.

Deutlich wurde, dass es sich lohnt, sich betrieblich und gewerkschaftlich gegen den Personalnotstand einzusetzen und andere Beschäftigten durch Arbeits- und Tarifikämpfe zu aktivieren. Der Protest muss lauter werden. Eine gesetzliche Mindestpersonalbemessung wird es nur geben, wenn auf der betrieblichen und tariflichen Ebene genügend Druck aufgebaut wird. DIE LINKE überzeugte als politische Akteurin im Feld gewerkschaftlicher Krankenhauspolitik und streitet parlamentarisch und außerparlamentarisch für gute Arbeits- und Pflegebedingungen.

linksfraktion.de, 1. Juli 2014

LINKE kritisiert Kretschmann wegen Blockade bei Behindertengleichstellungsgesetz

9. Juli. Gotthilf Lorch, Sprecher der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik der LINKEN und neugewählter Stadtrat in Tübingen, fordert hauptamtliche Behindertenbeauftragte in Stadt- und Landkreisen. Gerade dieses Kernstück der Novellierung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes möchte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) nun wieder aufweichen. Dabei sind sich Verbände und Gruppierungen in der Selbsthilfe parteiübergreifend einig: Städte und Landkreise brauchen endlich hauptamtliche Behindertenbeauftragte, damit landesweit eine sinnvolle Interessenvertretung ermöglicht wird. Auch der Landesbehindertenbeauftragte

Gerd Weimer (SPD) vertritt diese Meinung.

Gotthilf Lorch weiter:

„Wenn Behindertenbeauftragte in Städten und Kreisen ihre Arbeit nur ehrenamtlich oder als Teilaufgabe durchführen können, ist das nicht mehr akzeptabel. Oft übernimmt die Aufgabe beiläufig der Sozialdezernent, der einseitig die Verwaltung und nicht die Betroffenen vertritt. Regelungen sind also überfällig! Jetzt ist das Gesetz wieder auf unbestimmte Zeit vertagt. Einst war es ein Wahlversprechen, verankert im Koalitionsvertrag – nun ist das Thema zum Versager der Landesregierung geworden.“

Offener Brief: Kürzungen an Unis durch „Solidarpakt 3“ stoppen!

In einem offenen Brief wandte sich am 20. Mai die Landesgruppe Baden-Württemberg der Fraktion DIE LINKE im Bundestag gegen die Kürzungen der Landesregierung Baden-Württemberg im Bereich der Universitäten. Die unter dem irreführenden Schlagwort „Solidarpakt 3“ zusammengefassten Kürzungen führen zum Zwang der Anwerbung von Drittmitteln und gefährden so die Freiheit der Wissenschaft und Lehre. Solidarisch zeigten sich die fünf Abgeordneten mit den Protesten der Studierenden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann, sehr geehrter Herr Finanzminister Dr. Schmid, sehr geehrte Frau Wissenschaftsministerin Bauer,

wir solidarisieren uns mit den Protesten der Studierenden und Universitäten und fordern Sie auf, die geplanten Kürzungen im Hochschulbereich unter dem Schlagwort „Solidarpakt 3“ zu stoppen.

Die Finanzierung der Universitäten ist durch die vorangegangenen Kürzungen schon absolut unzureichend. Mit weiteren Kürzungen unter dem irreführenden Schlagwort „Solidarpakt 3“ droht die Schließung von ganzen Einrichtungen und Studiengängen. Durch Stellenstreichungen wird die Betreuung der Studierenden noch schlechter werden, gerade gute Angebote wie die praxisnahen Lernprogramme für Medizinstudierende stehen zur Disposition. Der Zwang zur Anwerbung von Drittmitteln wird immer größer. Dadurch gerät die Freiheit der Wissenschaft und Lehre noch weiter in Gefahr. Die Kürzungen im „Solidarpakt 3“ werden als zwangsmäßige Folge der Schuldenbremse hingestellt. Doch vor der Bundestagswahl forderte nicht nur DIE LINKE, sondern auch SPD und Grüne: „UmFAIRteilen“, also die Erhöhung des Spitzensteuersatzes für die Superreichen und eine Vermögenssteuer bzw. -abgabe zur angemessenen Beteiligung der Vermögenden an dringend notwendigen Aufgaben des Staates. Leider verabschiedete sich die SPD gleich nach der Wahl von diesen Plänen und setzte sich in den Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU nicht dafür ein. Ohne höhere Einnahmen führt die Schuldenbremse aber zu Kürzungen in allen Bereichen, so auch in der Bildung. Daher fordern wir von Ihnen sich im Bundesrat und innerhalb Ihrer Parteien für eine Erhöhung der Einnahmen einzusetzen, statt bei Bildung zu kürzen und damit die Universitäten und Hochschulen kaputt zu sparen. Wir fordern eine sichere Grundfinanzierung der Hochschulen und eine qualitativ hochwertige Lehre. Als Landesregierung wollen wir Ihnen Ihren eigenen Koalitionsvertrag in Erinnerung rufen,

in dem es heißt: „Wir wollen unsere Hochschul- und Forschungslandschaft, die in ihrer Breite, Vielfalt und Qualität weltweit Anerkennung genießt, weiter stärken.“

Mit freundlichen Grüßen

Die Landesgruppe Baden-Württemberg der Fraktion DIE LINKE im Bundestag: Karin Binder MdB, Wahlkreis Karlsruhe; Annette Groth MdB, Wahlkreis Bodenseekreis; Heike Hänsel MdB, Wahlkreis Tübingen; Richard Pitterle MdB, Wahlkreis Böblingen; Michael Schlecht MdB, Wahlkreis Mannheim

Konstanz: Soli-Party für Asyl-Bündnisse

Konstanz, Freitag, den 30.05.2014. Die Linksjugend [solid] Konstanz veranstaltete in den Räumen des Jugendkultur Contrast e.V. eine Solidaritätsfeier für Geflüchtete. Motto: „**Refugees Welcome!**“ 105 Menschen kamen, um gegen Rassismus ein Zeichen zu setzen. Die Spenden am Eingang gingen zu je 50 % an das Bündnis Abschiebestopp Konstanz und an die [solid]-Asyl-AG Mannheim.

„Fasziniert waren wir in Konstanz von der Arbeitsweise der Asyl AG Mannheim. Es hilft vielen Geflüchteten in weiten Teilen der Bundesrepublik, wenn man sich um ihre dezentrale Unterbringung, mehr Wohnfläche und allgemein mehr Rechte kümmert. Die finanzielle Ausstattung muss aber um einiges besser sein. Deswegen haben wir gesagt, wir machen eine Solidaritätsfeier“, erläutert Simon Pschorr von der [solid] Konstanz die ursprüngliche Idee der Solidaritätsparty (...).

Unterstützung für Projekte im Land und vor Ort

Aber eine Feier nur für sich selbst, das konnte sich die Linksjugend Konstanz nicht vorstellen. Schließlich gibt es vor Ort ein Abschiebestopp-Bündnis, das mit Flyern, Petitionen, Mahnwachen und örtlichen Aktionen genauso für das Bleiberecht von Flüchtlingen kämpft. Der größte Erfolg war bisher, das Gutscheinsystem abzuschaffen, durch welches Asylbewerber faktisch gezwungen waren, nur in bestimmten Supermärkten einzukaufen und durch das ihnen bestimmte Produkte untersagt wurden. Seit einigen Monaten bekommen sie nun Geldkarten.

So lag es nahe, die Feier für beide Zusammenschlüsse auszurichten und das kam gut an: 105 Menschen nahmen den Aufruf wahr und viele spendeten gerne (...). Eine Leinwand zeigte Impressionen aus der Arbeit des Abschiebestopp-Bündnisses. DJ Max Bar war von der Aktion so begeistert, dass er umsonst auflegte. „In schweren Zeiten,

LAG Integration/Asylpolitik

Wer hat Interesse? Wir wollen eine Arbeitsgemeinschaft bilden, die sich auf Landesebene intensiver mit Asylpolitik und Integrationsproblemen beschäftigt. In Baden-Württemberg gibt es einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, die immer noch in allen Lebensbereichen benachteiligt und ausgegrenzt werden. Die Wohnsituation von Flüchtlingen ist in vielen Orten dramatisch: die Gefahr rassistischer Bedrohungen nimmt zu; ArbeitsmigrantInnen sind oft besonderen Ausbeutungsverhältnissen ausgesetzt; die Integration bei Bildung und Ausbildung ist unzureichend. Es gibt zahlreiche Mitglieder in den Kreisverbänden und aktive KommunalpolitikerInnen, die sich in diesem Bereich bereits engagieren und mit Initiativen zusammenarbeiten. Wir möchten diese Erfahrungen sammeln, gemeinsame Aktivitäten diskutieren und landespolitisch Position beziehen. Es ist wichtig, dass sich die LINKE auch auf Landesebene in diesem Bereich koordiniert. Wir freuen uns, wenn sich Interessierte für die LAG melden und Vorschläge bzw. Ideen einbringen. Ein weiterer Schritt wäre, ein Netzwerk mit den Migrantenorganisationen in BaWü zusammenzustellen, die in diesem Bereich tätig sind und mit denen wir bereits zusammenarbeiten. Interessierte melden sich bitte in der Landesgeschäftsstelle oder im Büro in Mannheim. *Gökay Akbulut, neugewählte Stadträtin in Mannheim*
Bernhard Strasdeit, Kreisrat in Tübingen

in denen die politische Rechte in Europa auf dem Vormarsch ist, war der ausgelassene Abend vor allem eines: Ein Beweis dafür, dass es einen beträchtlichen Teil Menschen gibt, der in schwierigen Zeiten doch eng zusammenrückt und sich nicht auseinanderdividieren lässt“, meint [solid]-Konstanz Webmaster Michael Schiefelbein.

Abschiebungen sind ein brandaktuelles Thema in Konstanz

Und für ein Zusammenrücken gibt es gute Gründe. „Vom 19. auf den 20. Mai wurde in Konstanz eine sechsköpfige Roma-Familie brutal nach Mazedonien abgeschoben. Sie wurde um zwei Uhr morgens von der Polizei, die das Flüchtlingsheim umstellte, geweckt und innerhalb von wenigen Minuten in einen Bus zum Flughafen gebracht. Vier Mädchen, die in Konstanzer Schulen fest integriert waren, deren einziges ‚Verbrechen‘ darin bestand, ‚nicht deutsch‘ zu sein, mussten über Nacht in ein komplett anderes Umfeld“, führt Tanja Kaufmann aus, die sich aktiv bei der [solid] Konstanz und beim Bündnis Abschiebestopp engagiert. „Besonders zynisch ist“, findet Kaufmann an dem Vorgang, „dass die Familie wenige Tage zuvor einen Bescheid über eine Duldung ihres Aufenthalts von weiteren vier Monaten erhielt. Niemand in der Asylunterkunft kann jetzt noch ruhig schlafen, da die Bescheide offensichtlich nicht das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben stehen.“

„Wir sind zutiefst erschüttert über die Vorgänge und wollen, dass so etwas am besten nie wieder vorkommt. Die Familie muss unbedingt wieder herkommen dürfen. Wir sind daher froh, dass das Bündnis die Online-Petition Roma-Solidarität! Alle Kinder bleiben hier! ins Leben gerufen hat. Froh sind wir auch darüber, dass unsere Aktion wei-

tere 27 Petitions-Unterschriften beige-steuert hat, die den Oberbürgermeister, sowie den örtlichen Landtagsabgeordneten Sigfried Lehmann (Grüne) und den hiesigen Bundestagsvertreter Andreas Jung (CDU) dazu aufrufen sollen, alles zu tun, damit im Landkreis Konstanz niemand mehr abgeschoben wird“, bekräftigt [solid]-Mitglied Marco Radojevic: „Ich freue mich, als einer von zwei LINKE-Vertretern ab Juli im Konstanzer Kreistag zu sitzen. Die Stärkung der Rechte von Asylbewerber/innen wird dabei einer unserer größten Arbeitsschwerpunkte.“

Bereits über 1.000 Unterschriften verzeichnet die Online-Petition. Und täglich werden es mehr. Wer unterschreiben will, darf dies hier gerne tun:

<http://abschiebestoppkn.blogspot.de/Website> (Website)

<https://www.openpetition.de/petition/online/alle-kinder-bleiben-hier-keine-abschiebung-von-roma-aus-konstanz> (Online-Petition)

„Unser Vorstoß, die örtlichen Asyl- und Abschiebestoppbündnisse mit Solidaritätsaktionen zu unterstützen, kann als voller Erfolg gewertet werden. Wir möchten mit diesem Modell andere [solid]- und Linke-Gruppierungen dazu anregen, bei sich vor Ort ähnliches auf die Beine zu stellen“, erklärt abschließend [solid]-Mitglied Violetta Grössl.

Ryk Fechner



Flüchtlingskinder in Konstanz

US-Bespitzelung des BND: Logik der Geheimdienste

„Die Empörung von Regierungspolitikern über einen US-Spion beim BND ist geheuchelt. Denn es waren die Bundesregierung und ihre Vorgängerinnen selber, die den US-Geheimdiensten Tür und Tor geöffnet haben für die Massenüberwachung der Bürger auch in Deutschland“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zur Affäre um einen US-Agenten beim BND. Die Abgeordnete weiter:

„Spätestens seit der Überwachung des Kanzlerinnen-Handys durch den US-Geheimdienst kann niemand mehr ernsthaft an das Märchen vom befreundeten Dienst glauben. Es ist kein Wunder, dass auch der BND zum Objekt der Ausspähung wird. In der Welt der Nachrichtendienste kann es keine Freunde geben, denn gegenseitige Bespitzelung und Manipulation gehören nun einmal

zum Wesen der Geheimdienste.

Jetzt noch mehr Mittel und Kompetenzen für den BND zur Spionage auch gegen sogenannte befreundete Staaten zu fordern, ist mit Sicherheit die falsche Lehre aus der Spionageaffäre. Stattdessen gilt es im Interesse von Demokratie und Bürgerrechten mit der Logik der Geheimdienste zu brechen. Alle Spitzelabkommen mit ausländischen Geheimdiensten müssen offengelegt und aufgekündigt werden. Die deutschen Geheimdienste müssen aufgelöst werden.“

LINKE fordert Auflösung des Landesamtes

„Der neue Verfassungsschutzbericht zeigt nur eines: das Landesamt für Verfassungsschutz ist unfähig und gehört aufgelöst“, so Dirk Spöri, Landessprecher der LINKEN in Baden-Württemberg.

„Das Land Baden-Württemberg zeigt

sich weiterhin nicht in der Lage, zur Aufklärung des NSU-Mordes in Heilbronn beizutragen“, begründet Spöri die Forderung. „Stattdessen werden Linksjugend und Linke.SDS beobachtet.“ Begründet wird dies unter anderem mit dem Aufruf zu den Blockupy-Protesten. Spöri weiter: „Zum einen rief auch DIE LINKE im Land zu den Blockupy-Protesten auf und ist auch dieses Jahr aktiv an der Vorbereitung beteiligt. Zum anderen richten sich die Blockupy-Aktionen gerade gegen ein undemokratisches Europa und wurden mehrfach gesetzeswidrig schikaniert“. Das Landesamt habe seit Jahrzehnten eine unrühmliche Geschichte. Spöri dazu: „40 Jahre Überwachung linker Anwälte, wie zuletzt am Fall der Anwälte Angela Furmaniak und Michael Moos wieder öffentlich geworden, sind nicht nur eine politische Bankrotterklärung des Landesamtes, sondern eine Gefahr für die Demokratie. Eine Auflösung ist notwendig.“

Enquete-Kommission ist eine Farce! LINKE fordert NSU-Untersuchungsausschuss

„Der baden-württembergische Landtag beantwortet die rechtsterroristischen Gräueltaten der NSU und das Versagen des Verfassungsschutzes nur mit einer Enquete-Kommission; das ist eine Farce“, so Heidi Scharf, Landesprecherin der LINKEN in Baden-Württemberg.

Heidi Scharf weiter: „Gerade in unserem Bundesland, wo sich die rassistische Mörderbande jahrelang unbehelligt bewegen konnte, wäre eine parlamentarische Aufklärung bitter nötig.“

Michael Schlecht, Bundestagsabgeordneter der LINKEN aus Baden-Württemberg, fügt hinzu: „in anderen Bundesländern und im Bundestag wurde unglaubliches Versagen der Behörden ans Tageslicht gefördert. Das muss auch bei uns möglich sein.“

Das Zurückhalten von Unterlagen und die Verstrickungen der Landesbehörden müssen schonungslos durch einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden, fordert DIE LINKE. SPD-Innenminister Gall sollte das nicht weiter verhindern. Eine Enquete-Kommission ist nicht ausreichend, denn sie hat im Gegensatz zu einem U-Ausschuss keine Aufklärungsbefugnisse.

Dazu auch die Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel: Zwingende Gründe für einen Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg gibt es mehr als genug, denn zentrale Fragen in Zusammenhang mit dem NSU sind immer noch offen und die Spuren führen eindeutig nach Baden-Württemberg. In der ausgebrannten „NSU-Wohnung“ wurden Dokumente gefunden, die Hinweise auf ausgespähte Anschlagziele und Fluchtrouten in Baden-Württemberg enthielten. Der Mord an der Polizistin

Michèle Kiesewetter und das Motiv dafür sind immer noch ungeklärt. Warum wurde einigen Zeugenaussagen nicht nachgegangen? Warum hielten sich am Tag des Heilbronner Mordes mindestens fünf Mitarbeiter von Geheimdiensten in der Nähe der Theresienwiese auf? Welche Verbindungen bestehen zum baden-württembergischen „Ku-Klux-Klan“, in dem Kollegen von Kiesewetter Mitglieder waren? Völlig inakzeptabel ist zudem die Forderung des CDU-Ausschussobmann Matthias Pröfrock, dass sich die Enquete-Kommission zusätzlich noch mit linkem und religiösem Extremismus befassen solle.

NSU Obleute des Bundestags kritisieren den Stuttgarter Landtag.

Clemens Binninger (CDU) und Petra Pau (DIE LINKE) für Untersuchungsausschuss.

In der *Stuttgarter Zeitung* vom 28. Mai berichtete Stefan Geiger über eine Podiumsdiskussion des evangelischen Bildungszentrums, an der die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau teilnahm:

„Clemens Binninger (CDU) und Petra Pau (Linke) kritisieren, dass der baden-württembergische Landtag nur eine Enquete-Kommission und keinen Untersuchungsausschuss zum Komplex der rechtsterroristischen Vereinigung NSU eingerichtet hat. Die beiden Abgeordneten sind Obleute ihrer Fraktionen im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags gewesen. Eine Enquete hat weniger Rechte als ein Untersuchungsausschuss, sie darf insbesondere keine Zeugen unter Wahrheitspflicht

befragen. Binninger wie Pau bezweifelten gestern auf einer Podiumsdiskussion des evangelischen Bildungszentrums Hospitalhof in Stuttgart, dass der NSU-Komplex bereits ausreichend aufgeklärt ist. Binninger bezeichnete gegenüber dem SPD-Obmann in der Stuttgarter Enquete, Nikolaos Sakellariou, dessen Ausschuss als ein „stumpfes Schwert“ und forderte: „Zeigen Sie, dass das Parlament die Exekutive kontrolliert“.

Binninger und Pau, aber auch Alexander Hoffmann, einer der Nebenklagevertreter im Münchner NSU-Prozess glauben, dass insbesondere in Baden-Württemberg noch viele Sachverhalte aufzuklären sind. Dazu gehörten die Umstände der Ermordung der Polizistin Michele Kiesewetter in Heilbronn. Beide Berliner Abgeordnete halten einen neuen Bundestags-Untersuchungsausschuss für denkbar. Er sei zwingend, so Binninger, wenn es Hinweise darauf gebe, dass Kiesewetter kein Zufallsopfer war, ein V-Mann den Aufenthaltsort des NSU-Trios gekannt habe oder der NSU mehr als drei Mitglieder hatte. Sakellariou verteidigte die Enquete. Es gehe dort um Handlungsempfehlungen für die Zukunft.“



Heike Hänsel, MdB, DIE LINKE. Baden-Württemberg

Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schützen!

Verantwortliche für die Verletzten am 30.9.2010 zur Rechenschaft ziehen!

Anlässlich der zweiten Verhandlungsrunde und den Verhandlungstagen drei und vier im sogenannten Stuttgarter „Wasserwerfer-Prozess“ fordert am 1. Juli die Tübinger Bundestagsabgeordnete, Heike Hänsel, Fraktion Die LINKE:

„Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit muss geschützt werden! Es bedarf endlich der grundlegenden Aufklärung, wer bei Politik und Polizei verantwortlich für den vollkommen aus dem Ruder gelaufenen Einsatz am 30.09.2010 war.“ Heike Hänsel begrüßt den Prozess, mahnt, dass die Versammlungsfreiheit geschützt werden muss und fordert Aufklärung bei Polizei und Politik: „Es ist ein wichtiges Signal, dass es überhaupt einen Prozess gegen die Polizei als Verantwortliche für ca. 400 Verletzte am „schwarzen Donnerstag“

gibt. Denn bisher hat die Staatsanwaltschaft nie gegen die Polizeiführung ermittelt, sondern nur auf unteren Dienstebenen. Der ehemalige Polizeipräsident Stumpf konnte sich bei vollen Bezügen im April 2011 „aus gesundheitlichen Gründen“ in der Vorruhestand versetzen lassen. Nachdem nun bekannt wurde, dass es entgegen der Behauptung von Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus vor dem Untersuchungsausschuss auch eine politische Einflussnahme auf den Polizeieinsatz gegeben hat, ist eine vollständige Aufarbeitung der Ereignisse und Abläufe dringender denn je. Dass die Polizei in einer solchen Weise vorgehen konnte, zeigt grundlegende Probleme auf, die über den einzelnen Einsatz hinausgehen. Ausbildung und Einsatzrecht müssen reformiert werden. Grundrechte auf Versammlungsfreiheit müssen aktiv verteidigt werden, dies zeigen auch Polizeieinsätze gegen antifaschistische Demonstrationen gegen Naziaufmärsche in Heilbronn und Göppingen sowie jüngst gegen Homophobie-Gegner in Stuttgart. Demonstrierende dürfen nicht länger kriminalisiert werden.“

Kritik am neuen Landespersonalvertretungsgesetz

Gastbeitrag von Johannes Schmidt, Stuttgart

Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg reißt die selbst definierte Messlatte bei der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG). Im Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD für die Jahre 2011 bis 2016 ist die Vereinbarung enthalten: „im Personalvertretungsrecht werden wir die vorgenommenen Einschränkungen zurückführen und die Rechte der Interessenvertretungen mit Blick auf ihre verantwortungsvolle Aufgabenwahrnehmung ausbauen und stärken“ (...) Die grün-rote Landesregierung ist diesem Anspruch mit der im November 2013 beschlossenen Novellierung des LPVG eindeutig nicht gerecht geworden.

Als jahrelanges Mitglied des Gesamtpersonalrates einer Landeshauptstadt im Südwesten der Republik, und für Verdi als Teamer für Personalräte tätig, ist mir eines sehr bewusst geworden: das Personalvertretungsrecht ist in Baden-Württemberg ganz besonders schlecht geeignet, die Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienstbereich wirksam zu vertreten.

Uns ist immer bewusst gewesen, dass die sich jeweils an der politischen Macht Befindenden – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit – keinerlei Interesse daran haben, sich von Personalvertretungen, in der öffentlichen Verwal-

tung, in Regierungen und Ministerien, in Ämtern und Behörden „in die Suppe spucken“ zu lassen, also im Interesse der Beschäftigten nennenswerte Einschränkungen ihrer Machtvollkommenheit hinzunehmen.

Die oberste Leitungsebene im öffentlichen Dienst – und hier und auch im Weiteren beziehe ich mich exemplarisch auf die Kommune – wird im LPVG *die Dienststelle* genannt. Ihr besonderer Doppelcharakter ergibt sich daraus, dass sie einerseits als faktischer Arbeitgeber (AG) fungiert, andererseits aber als gewählter Repräsentant eines demokratischen Wahlprozesses auf kommunaler, auf Landes- oder Bundesebene. Der sogenannte ‚Demokratie-Vorbehalt‘, der sich daraus ableitet, kommt den öffentlichen AGn bisweilen wohl nicht ungelegen (...).

Die wesentlichen Veränderungen im neuen LPVG :- *Beschäftigte* sind jetzt grundsätzlich alle, die tatsächlich in der Dienststelle beschäftigt sind oder ausgebildet werden, auch die durch Abordnung, Zuweisung oder Personalgestellung außerhalb der Dienststelle eingesetzt sind.

- Personalratsgröße in Dienststellen über 1500 Beschäftigte erhöht (auch GPR)
- Freistellungen werden angehoben
- Amtszeit erhöht von 4 auf 5 Jahre
- Evokationsrecht: sein Ausnahmeharakter soll dadurch hervorgehoben werden, dass es nicht mehr bei der Dienststelle liegt, sondern beim Hauptorgan (also dem Gemeinderat in Kommunen)

- Wirtschaftsausschuss (§68b) ist zu gründen in allen Dienststellen, deren Personalvertretung größer als 7 ist; Aufgabe: Beratung von wirtschaftlichen Angelegenheiten und Unterrichtung der Personalvertretung, organisatorische Veränderungen, Rationalisierungsmaßnahmen, Einführung neuer Arbeits- und Managementmethoden u.v.m.

- gravierende Veränderungen im internen Geschäftsablauf der PersRäte durch Verlagerung von Aufgaben auf den Vorsitzenden, durch Bildung von Ausschüssen und Verlagerung von Kompetenzen.

Bewertung

- Die Erweiterung der Größe der Personalräte und die höhere Zahl von Freistellungen sind ohne zusätzliche Kosten nicht möglich; also wird AG-seitig alles versucht werden, um die Kostensteigerungen zu unterlaufen oder zu umgehen, z.B. durch die Zusammenlegung oder Aufteilung von Dienststellen.

- Dass das Evokationsrecht jetzt beim Hauptorgan ist, ändert nichts daran, dass eben die letztendliche Entscheidungskompetenz in den erwähnten Fällen nicht mehr bei der Einigungsstelle liegt.

- der Wirtschaftsausschuss wird berufen und zusammen gesetzt von der Dienststelle, ist also schwächer als im Bereich des BetrVG – bei seinem breiten Themenspektrum ist seine Zusammensetzung besonders wichtig ... das wird absehbar zum dauernden Streit-Thema zwischen Personalrat und Dienststelle.

- Interne Arbeitsabläufe und Kompetenzverschiebungen im Gremium: hier drängt sich der Verdacht auf, dass durch rechtliche Änderungen und Öffnungen das Gremium insgesamt geschwächt und gespalten, bzw. der/die Vorsitzende tendenziell zum ‚Kungeln‘ verlockt werden soll. All das wird als ‚Effizienzsteigerung‘ von Arbeitsabläufen dargestellt: ganz wichtig wird sein, dass Personalräte sich eine Geschäftsordnung geben, die alle Abläufe transparent macht und Vertrauen und Zusammenhalt im Gremium erhält.

Wer – wie der Autor dieses Beitrags – siebeneinhalb Jahre die Grünen als Gemeinderäte und Bürgermeister beobachtet hat, der konnte kaum etwas Besseres erwarten – sie sind ganz offensichtlich Arbeitnehmerinteressen gegenüber nicht offener als die FDP! Dass die SPD sich für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ins Zeug gelegt hätte, ist am neuen Gesetz auch nicht abzulesen.

Fazit der LPVG-Novellierung ist: es ist der derzeitigen Landesregierung nicht im Entferntesten gelungen, das baden-württembergische Personalvertretungsrecht vom hintersten Platz beim Vergleich mit den anderen Bundesländern weg zu holen; es hat bisher die Nachhut unter allen Ländern gebildet und dabei bleibt es!

Fracking für die Freiheit?

Annette Groth, Bundestagsabgeordnete mit Wahlkreis Bodensee, spricht sich in folgendem Beitrag für ein generelles Verbot von Fracking aus:

Statt das Energieregime endlich den ökologischen Grenzen anzupassen, sollen die Grenzen ignoriert und einfach immer schwerer zugängliche Vorkommen angezapft werden – mit erheblichen Kosten für die Allgemeinheit: Unser Trinkwasser, das Klima und viele weitere Umweltgüter, die wir für ein gesundes Leben brauchen, sind in Gefahr.

Die Bürgerinitiativen gegen Fracking beurteilen die aktuell diskutierten Regulierungsmaßnahmen äußerst kritisch: Die Bohrungen sollen nun Umweltverträglichkeitsprüfungen – eigentlich eine Selbstverständlichkeit – durchlaufen, und das für die Wasserschutzzonen I und II diskutierte Verbot würde im Umkehrschluss bedeuten, dass Fracking auf über 85% der bundesdeutschen Fläche genehmigungsfähig wäre. Wassereinzugsgebiete – bspw. des Bodensees, der als einer der größten Trinkwasserspeicher Europas allein in Baden-Württemberg durch ein Versorgungsnetz bis ganz in den Norden des Landes den Bedarf von ca. 4 Mio. Menschen deckt – wären damit gar nicht abgedeckt. Explizit verboten werden soll laut Koalitionsvertrag nur das Fracking mit giftigen Chemikalien, während andere Gefahren ignoriert werden, also etwa aus dem Untergrund ausgeschwemmte Giftstoffe, Erdbeben und gefährliche Emissionen. Nicht ausgeschlossen ist, dass die Bundesregierung dem Vorstoß der rot-grünen Landesregierung Niedersachsens folgt. Diese will Fracking in unkonventionellen Lagerstätten untersagen, erklärt aber zugleich das in der Wissenschaft ganz überwiegend zu den un-

konventionellen Gasvorkommen gezählte TIGHT Gas nunmehr für konventionell und macht es damit für Fracking zugänglich. Dies hätte auch für die Bodenseeregion Konsequenzen: Das Unternehmen Rose Petroleum, neue Konzessionsinhaberin der erst im Dezember 2013 verlängerten Aufsuchungsgebiete Konstanz und Biberach, nennt u.a. vermutete TIGHT Gasvorkommen und den Wiederaufschluss alter Öl- und Gasfelder in der Region als eines der Hauptziele ihrer Aktivitäten!

Auch wenn der Gesetzentwurf der Regierung noch auf sich warten lässt, könnten die anhaltenden Debatten um heimische Rohstoffquellen rasche Wirkung zeigen: Dass Mitte Juni in Saal in Mecklenburg-Vorpommern zum ersten Mal seit 2011 in Deutschland wieder gefrackt wurde, werten Fracking-Gegner als Startschuss für weitere Bohrungen. Nach Berechnungen von EnergyComment könnten die Schiefergasressourcen Deutschlands den Gasbedarf des Landes für maximal 2,5 Jahre decken. Freiheit vom Importzwang beim teuren russischen Erdgas ist damit garantiert nicht zu erreichen. Mit Blick auf den Bodensee schätzt der BUND Konstanz, dass die Erdgasvorkommen im Alpenvorland sogar nur etwa 5 Stunden den deutschen Bedarf decken könnten. Dafür unsere Natur und Gesundheit zu riskieren, während mit den Erneuerbaren Energien längst gangbare Alternativen bereitstehen, wäre wirklich verrückt. DIE LINKE im Bundestag, aber auch die LINKE Baden-Württemberg wird sich für ein generelles Verbot von Fracking in Deutschland und der EU einsetzen. Die grün-rote Landesregierung werden wir gemeinsam mit den Anti-Fracking-Initiativen unter Druck setzen, damit sie im Bundesrat gegen jegliche Genehmigung von Fracking stimmt.

Ökologische Plattform Baden-Württemberg

Gegen Braunkohle-Ausbau in der Lausitz. Linkes Regierungshandeln benötigt ökologische Leitlinien

Am 3. Juni haben die vier Minister_innen der LINKEN in der Regierung Brandenburgs mit einer Verordnung die Grundlagen für die Erweiterung des Braunkohleletagebaus Welzow Süd II geschaffen. Die Ökologische Plattform Baden-Württemberg lehnt diese Richtungsentscheidung zugunsten des klimaschädlichsten fossilen Energieträgers ab. Braunkohle ist keine Übergangstechnologie. Wir bedauern, dass die zahlreichen Proteste, Einsprüche und nicht zuletzt der Appell der stellvertretenden Parteivorsitzenden wirkungslos geblieben sind. Die Ökologische Plattform Baden-Württemberg unterstützt diesen Appell. Die darin genannten Argumente gegen die Braunkohle werden nicht dadurch obsolet, dass diese Entscheidung nun trotz aller

Widersprüche getroffen wurde. Jedoch kann der eigentliche Abbau der Braunkohle erst starten, wenn im weiteren Genehmigungsverfahren der Nachweis energiewirtschaftlicher Notwendigkeit erbracht wurde. Die Ökologische Plattform Baden-Württemberg wird diesen Prozess kritisch begleiten. Wir erwarten, dass sich die LINKEN-Mitglieder der brandenburgischen Regierung dafür einsetzen, dass eine abschließende Genehmigung des Tagebau-Ausbaus nicht erteilt wird. Grundsätzlich fordern wir, dass ökologische Leitlinien für linkes Regierungshandeln verbindlich eingehalten werden. Zur Positionierung der stellvertretenden Parteivorsitzenden und weiterer Abgeordneten der LINKEN: <http://www.jan-van-aken.de/?newid=409#d409>

Neues Buch von Franz Groll

Franz Groll, ehemaliger Landesprecher bei der Vereinigung von WASG und Linkspartei/PDS, hat ein neues Buch geschrieben mit dem Titel: „**Der Weg zur zukunftsfähigen Gesellschaft**“, der Untertitel lautet: „Die solidarische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als Alternative zum Kapitalismus“. (VSA-Verlag, 223 Seiten, 19,80 €) In den ersten Kapiteln macht er ganz konkrete Vorschläge, wie der Klima- und Ressourcenschutz effektiv und vor allem sozial gerecht erreicht werden kann. – Da er davon ausgeht, dass ein anhaltendes wirtschaftliches Wachstum nicht möglich sein wird, macht er Vorschläge für eine solidarische Ökonomie, die ohne Wachstum stabil ist. Die Kernpunkte hierzu sind:

- Ein gewählter Solidaritätsrat erarbeitet einen Vorschlag für eine gerechte Entlohnung aller Beschäftigten von der Hilfskraft bis zum Konzerndirektor und für die Höhe der Sozialleistungen.
- Das Kapital wird real nicht mehr entlohnt, es gibt nur einen Inflationsausgleich.
- Unternehmensgewinne werden progressiv besteuert.
- Die Staatsverschuldung wird durch eine höhere Besteuerung der Reichen innerhalb von 12 Jahren halbiert.
- Alle Sozialversicherungen werden von allen Beschäftigten getragen, die Alterssicherung wird ganz auf das Umlageverfahren umgestellt. Wer arbeitslos wird, bekommt nach spätestens drei Monaten einen angemessenen Arbeitsplatz.
- Die Aktivitäten der Banken wird streng kontrolliert und die Spekulation weitgehend unterbunden, u.a. schlägt er die Umwandlung der Aktien in nicht handelbare Anteilsscheine vor, die Aktienbörse wird geschlossen.
- Die Demokratie hält auch in den Betrieben Einzug.

Ferner macht er Vorschläge für die Demokratisierung der EU und für die Überwindung der Euro-Krise, so wie zur Verbesserung der Situation in den ärmsten Staaten der s.g. Dritten Welt und zur Überwindung des weltweiten Hungers. Das letzte Kapitel ist eine fiktive „Regierungserklärung“ der Bewegung zukunftsfähige Gesellschaft, die in wenigen Jahren die Regierungsverantwortung in Berlin übernimmt; Franz wünscht, dass DIE LINKE Teil dieser Bewegung wird. – Am 10. Oktober stellt Franz Groll das Buch um 18 Uhr im Landesbüro Stuttgart bei einem Treffen der Ökologischen Plattform vor. Er kommt gerne auch in Kreisverbände.

Der Ökosozialismus, eine Alternative zum liberalen Sparkurs der EU

Gastbeitrag von Corinne Morel Darleux, Sprecherin und Koordinatorin für Umweltangelegenheiten im Vorstand Parti de Gauche, Mitglied des Exekutivkomitees der Europäischen Linke

Ob in Paris oder Berlin – es vergeht kein Tag, an dem nicht in allen Medien behauptet wird, es gäbe keinen anderen Ausweg aus der Krise als die heutige drastische Sparpolitik. „TINA“, „there is no alternative“ ..., lautet das seit Reagan und Thatcher von den Liberalen und nun auch von den sog. Sozialliberalen verwendete Schlagwort. Verschlinkung des Beamtenapparates, Privatisierung und Auslagerung der öffentlichen Dienste, Aufhebung der sozialen Errungenschaften und Erhöhung des Renteneintrittsalters (...)

In Frankreich geht die von der sozialistischen Partei und den Grünen geführte Regierung unvorsichtig mit der brisanten Mischung aus Subventionen und Sparkurs um. So gesteht er den Unternehmen 20 Milliarden Euro



Corinne Morel Darleux

Steuererleichterungen ohne irgendeine soziale oder ökologische Gegenleistung zu und steht kurz davor, diese durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, der ungerechtesten Steuer an sich, auf die Bürger abzuwälzen, wie es in Deutschland im Jahr 2007 geschehen ist. Und das, obwohl der Premierminister Ayrault 2012 versprochen hatte, dass es keine Erhöhung während seiner Amtszeit geben würde! Die französische Regierung ist den Anweisungen der Europäischen Union unterworfen, billigt die europäischen Verträge und, um der Regel der berühmt-berüchtigten Schuldenbremse Genüge zu tun, streicht sie die öffentlichen Investitionen deutlich drastischer zusammen, als dies unter Nicolas Sarkozy geschah. Sogar die, welche immer noch dachten, die Regierung sei „sozialistisch“ und „ökologisch“, müssen nun einsehen, dass die Regierung weder das eine noch das andere ist.

In allen Ländern Europas müssen wir erneut zum Kampf gegen die

autoritäre Sparpolitik antreten und Martin Schultz, dem Vertreter der Sozialdemokratie, wegen dessen mehrfachen Verrates bei der Verabschiedung des Europahaushaltes die Rechnung präsentieren. **Dazu legt die Parti de Gauche ein Projekt vor, den Ökosozialismus, und ein Mittel, um ihn zu finanzieren: unser Gegenhaushalt.**

Einstein sagte einst: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“ Also lasst uns radikal sein, lasst uns das Übel an der Wurzel packen. Soziale Krise und ökologische Probleme sind Folge einer grenzenlosen Profitsucht, einer Ökonomie, die produziert, um zu produzieren, und dabei die menschlichen Bedürfnisse außer Acht lässt. Kurz gesagt: der Kapitalismus, der Produktivismus und die finanzielle Globalisierung. Wir Linken haben sehr viel getan, was die Analyse des Systems angeht. Wir haben durch unsere Stellungnahmen und unser aktives Mitwirken bei den sozialen Kämpfen unsere Entschlossenheit, vor ihm nicht zu Kreuze zu kriechen, und auf der Seite derer zu stehen, die Widerstand leisten wollen. Aber der

Bruch mit dem System setzt voraus, dass es ein neues Projekt gibt, welches das Volk Hoffnung schöpfen lässt, Hoffnung auf ein gutes Leben und darauf, dass die glücklichen Tage zurückkehren.

Dieses Projekt nennen wir Ökosozialismus. Sich dafür einzusetzen, ist für uns Linke, so wie wir Europa auffassen, von größter Bedeutung: damit die Wut, die sich in unserem Land angestaut hat, nicht in Hass umschlägt, und von denen instrumentalisiert wird, die ihr politisches Geschäft damit betreiben. Antonio Gramsci sagte „das Alte stirbt und das Neue kann nicht zur Welt kommen, und in diesem Halbdunkeln treten die Ungeheuer hervor“. Wir sehen unsere Aufgabe darin, diese zu bekämpfen.

Nach der Tagung zum Ökosozialismus, die wir am 1. Dezember 2012 in Paris abgehalten haben, ist ein erstes Manifest entstanden, in dem unser Projekt in achtzehn Thesen erklärt wird. Es wurde schon in zwanzig Städten in Frankreich im Rahmen von öffentlichen Debatten

diskutiert, ist in über zehn Sprachen übersetzt worden und in rund einem Dutzend Ländern vorgestellt worden. Darin behaupten wir die Notwendigkeit, eine neue Wirtschaftsordnung im Dienste des menschlichen Fortschrittes zu begründen, unsere Produktionsmethoden auf andere Grundlagen zu stellen, statt der Schuldenbremse die „grüne Regel“ als Leitlinie einzuführen und die Revolution der Bürger dadurch vorzubereiten, dass das Korsett der europäischen Verträge gesprengt und der internationalistische Kampf geführt wird.

Die Kraft des Ökosozialismus besteht darin, dem linken Lager eine neue Synthese anzubieten. Der Sozialismus hat in seinem Kampf zur Befreiung der Menschheit die ökologische Dimension nicht berücksichtigt: er hat nicht gesehen, dass wir mit unserer Lebensweise deswegen in eine tödliche Sackgasse geraten, weil die natürlichen Ressourcen nicht unerschöpflich sind. Die Ökologie ihrerseits hat die wirtschaftliche Analyse zu oft vernachlässigt und die sozialen Kämpfe aus der Ferne betrachtet. Der Ökosozialismus, so wir ihn auffassen, ruht auf der politischen Ökologie und der Ablehnung des grünen Kapitalismus; er verbindet grundsätzlich sozialen Kampf und Kampf für die Umwelt. **Er ist ein Sozialismus, der den Produktivismus über Bord geworfen hat, und eine Ökologie, die aufs Entschiedenste antikapitalistisch ist.** Im Mittelpunkt des Ökosozialismus steht die Bewahrung der Biosphäre, die das Leben auf Erden möglich macht. Dabei tritt er gleichzeitig für die Menschenrechte und die Ökosysteme ein. Er stellt das Produktivsystem und die Wirtschaft wieder in den Dienst des menschlichen Fortschritts und der wahren Bedürfnisse des Menschen. Kurzum, er ebnet den Weg zum „buen vivir“ unserer Freunde aus Lateinamerika.

Zur Finanzierung der notwendigen ökosozialistischen Maßnahmen hat die Parti de Gauche als Antwort auf den Haushalt der Hollande-Regierung einen Gegenhaushalt vorgelegt. Mit der produktivistischen, überholten Logik, die ihm zugrunde liegt, uns recht teuer zu stehen kommt und dafür sorgt, dass uns Krisen von morgen noch schneller heimsuchen, können die entscheidenden Herausforderungen der heutigen Zeit in keiner Weise gemeistert werden. Es wird nichts unternommen, um der Ölverknappung entgegenzuwirken, nichts, um die Umstellung der industriellen Arbeitsmittel zu planen, oder um die Über-

nahmen von Firmen als Kooperativen durch die Angestellten zu erleichtern. Die Industriestandorte schließen nacheinander, ohne dass über deren Sicherung langfristig nachgedacht worden wäre. Ökologie in industriepolitischen Maßnahmen der Regierung: einfach Fehlanzeige. Die fehlende Strategie in diesem Bereich und der Mangel an politischem Willen wirken sich verheerend aus.

Unser Gegenhaushalt hingegen zeigt, dass unser Land sehr wohl über Reichtümer verfügt, und dass unter der Voraussetzung einer viel gerechteren Verteilung eine massive Investition in die ökologische Wende [mehr als nur Energiewende] möglich ist: Frachtverkehr auf Schiene und Binnengewässern, Wiederankurbelung der Wirtschaft über die sogenannte Blue Economy, Verstaatlichung der Energiebetriebe, Förderung der Mittel zum Energiesparen und Entwicklung der erneuerbaren Energiequellen, Schaffung von Arbeitsstellen auf dem Lande durch ökologische Umstellung. Dies kann weder über Austeritätsmaßnahmen noch über neue ungerechte Steuern bewerkstelligt werden, sondern nur über eine Steuerrevolution, die diesen Namen auch wirklich verdient. Die ihn verdient, weil sie der Steuerflucht den Kampf ansagt, bestimmte Steuernischen abschafft, eine größere Progressivität der Einkommensteuer ermöglicht, indem vierzehn Steuerstufen mit einem Spitzensteuersatz von 100% ab einem jährlichen Einkommen über 360 000 Euro geschaffen werden und das Kapital wieder deutlich höher besteuert wird. Sage und schreibe 130 Milliarden Euro könnten zusätzlich zur Verfügung stehen! Ob es die Oligarchen gerne hören oder nicht: es gibt eine mögliche Alternative!

Freunde, Genossen, damit wir mit dem kapitalistischen System brechen und die notwendige soziale und ökologische Wende herbeiführen können, verfügen wir über ein Projekt, den Ökosozialismus, über ein Programm, die ökologische Wende und über eine Strategie, die Revolution durch die Bürger, das heißt die Wiederaneignung der Politik durch jeden Bürger und jede Bürgerin. Der Diskurs der Herrschenden zielt darauf ab, den Völkern einzureden, dass kämpfen sinnlos ist; es liegt an uns, zu zeigen, dass es eine Alternative gibt. Lasst uns gemeinsam, in der Europäischen Linken und bei all unseren gemeinsamen Aktionen, für sie eintreten, damit unsere künftigen Europa-Abgeordneten das Parlament vom Echo einer Alternative und des Ökosozialismus erschallen lassen mögen!

Übersetzung: Patrick Cavagnet, Sprecher für Beziehungen zu der Linken bei der Parti de Gauche du Bas-Rhin

Heike Hänsel im Interview: Warum gegen TTIP?

Freier Handel – das klingt doch ganz gut. Wieso geht die Linksfraktion trotzdem immer auf die Barrikaden, sobald die Europäische Union Verhandlungen über Freihandelsabkommen führt?

Heike Hänsel: DIE LINKE ist nicht gegen Handel. Aber statt Freihandel sind wir für gerechten Handel. Den Begriff Freihandel, der so gut klingt, hinterfragen wir: Um wessen Freiheit geht es da? Freihandel meint heute die Freiheit der Konzerne, die aus dem globalen Handel mit Waren und Gütern noch mehr Profit schlagen wollen. Es geht darum, Unternehmen von Regeln und Vorschriften zu befreien, ihnen freien Zugang zu Märkten und Rohstoffen in anderen Ländern zu verschaffen. Dies dient aber in erster Linie großen, transnationalen Konzernen. Diese Freiheit der Konzerne geht zulasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zulasten von Kleinbauern- und -bäuerinnen sowie kleinen und mittleren Unternehmen und auch zulasten der politischen Gestaltungsmöglichkeiten von Regierungen und Parlamenten.

Sie sind Entwicklungspolitikerin. Wie wirkt sich Freihandel auf die Entwicklungschancen in den Ländern des Südens aus?

Freihandelsabkommen schreiben die Reduzierung oder vollständige Abschaffung von Zöllen vor. Damit verbilligen sie Importe gegenüber den lokalen Anbietern. Das greift erheblich in die lokalen Märkte ein und kann zur Verdrängung und Existenzvernichtung lokaler Produzenten führen. Das haben wir in vielen Ländern bereits erlebt. In Kolumbien protestieren seit einigen Monaten Bauern und Milchproduzenten gegen die Auswirkungen der Freihandelsabkommen ihres Landes mit der EU und den USA. In Afrika, das ohnehin schon von billigen Agrarerzeugnissen aus der EU überschwemmt wird, fürchten viele lokale Produzenten um ihre Existenz, wenn die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs), im Kern ebenfalls Freihandelsabkommen, in diesem Jahr, wie von der EU geplant, abgeschlossen werden.

Was spricht gegen die Abschaffung der Zölle?

Importzölle sind sinnvoll und wichtig, um einheimische Wertschöpfungsketten aufzubauen und die lokale Landwirtschaft zu schützen. Ebenso wichtig sind Exportzölle. Auch sie will die EU verbieten, um günstiger Rohstoffe aus den Partnerländern beziehen zu können. Diese verlieren dadurch ein wichtiges Steuerungsinstrument. Viele Schwellenländer unterstützen den Aufbau ihrer Industrien gerade dadurch, dass sie durch

die Verteuerung des Exports die Rohstoffe auf ihre eigenen Märkte lenken und so die industrielle Weiterverarbeitung entwickeln.

Gibt es noch andere Bereiche, in die Freihandelsabkommen eingreifen?

Die EU-Konzerne wollen vor allem auf die Dienstleistungsmärkte und auf den Markt der öffentlichen Beschaffung vordringen, also Zugang zu Aufträgen der öffentlichen Hand erlangen. Hier werden Billionen umgesetzt. Der freie Eintritt in Vergabeverfahren bedeutet aber, dass die öffentliche Hand wichtige wirtschaftspolitische Steuerungsmöglichkeiten verliert. Und die öffentliche Daseinsvorsorge wird auf einem globalen Markt feilgeboten. Das wiederum beeinträchtigt die Versorgungssicherheit in wichtigen Bereichen wie Wasser und Energie. In Deutschland haben wir bereits viele schlechte Erfahrungen damit gemacht.

Viele Freihandelsabkommen sehen auch die Deregulierung des Finanzdienstleistungssektors vor, damit können Banken und Finanzkonzerne aktuelle Regulierungsbestrebungen leicht unterlaufen, die im Zuge der Finanzmarktkrise politisch eingefordert wurden. Vor dem Hintergrund der enormen Belastungen der Steuerzahler im Zuge der Finanzmarktkrise finde ich das unverantwortlich.

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP), das gegenwärtig verhandelt wird?

Dabei handelt es sich um ein Abkommen von erheblicher Dimension. Vor allem geht es darum – hier komme ich noch mal zum Stichwort „Freiheit“ –, die Konzerne von Regeln zu befreien, für die Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschutzverbände hart gerungen haben. Das heißt dann „Harmonisierung“ und „gegenseitige Anerkennung“. Entscheidend ist, dass Freihandelsabkommen mit Investitionsschutzklauseln versehen werden, die es im Streitfall Konzernen ermöglichen gegen Staaten zu klagen, wenn sie sich im Wettbewerb benachteiligt, ihre Gewinne geschmälert oder ihre Investitionen gefährdet sehen, zum Beispiel durch höhere soziale und ökologische Standards. Es wird also ein völkerrechtlich bindender Vertrag geschlossen, der ein Parallelrecht für große Konzerne schafft. Staaten müssen sich dieser Schiedsgerichtsbarkeit unterwerfen.

Aber gibt es das nicht heute auch schon? Und worin besteht beim TTIP der qualitative Unterschied?

Das geschieht bereits jetzt schon andauernd – zuletzt hatte ein US-Konzern

in Kanada gegen ein Fracking-Moratorium geklagt, Vattenfall klagt gegen den deutschen Atomausstieg usw. Das soll unter Anwendung von Freihandelsabkommen zur Regel werden. Das können wir nicht zulassen, denn Demokratie wird damit zur Makulatur. ArbeitnehmerInnen, kleine Unternehmen etc. haben dagegen keine Möglichkeit gegen die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und anderem zu klagen. Freihandel ist also insbesondere ein Angriff auf die Demokratie.

Betrifft das TTIP nur die EU und USA?

Nein, denn es geht darum, ein Ausmaß an Deregulierung zu etablieren, das dann auch in Verhandlungen mit anderen Partnern durchgesetzt und schließlich auf der Ebene der Welthandelsorganisation WTO verankert werden soll. Denn Drittländer werden von TTIP stark beeinträchtigt werden. Wenn diese größte Freihandelszone der Welt erst mal etabliert ist, wird sie viel internationalen Handel in ihren Bereich umlenken und damit erhebliche Wohlfahrtsverluste in Drittländern, darunter in vielen Ländern des Südens, hervorrufen. Diese Länder können sich dann gezwungen sehen, ebenfalls Freihandelsabkommen mit der EU abzuschließen.

Was kann die Linksfraktion tun, um eine solche Entwicklung zu verhindern?

Der Einfluss der Parlamentarier ist generell begrenzt. Zwar müssen alle Abkommen am Ende vom Europäischen Parlament und den Parlamenten der Mitgliedstaaten, also auch vom Bundestag, ratifiziert werden. Doch wenn es soweit ist, ist es eigentlich schon zu spät. Denn dann liegt ja ein abgeschlossenes Abkommen vor. Und nach der Ratifizierung im EP treten die Handelsbestimmungen bereits in Kraft. Wir sind darauf angewiesen, dass sich in der Zivilgesellschaft Protest erhebt, den wir dann parlamentarisch verstärken können, um die Regierung unter Druck zu setzen.

Warum ist der Einfluss der Parlamentarier begrenzt?

Die Verhandlungen werden geheim geführt in Brüssel. Dadurch kann sich informelle Politik, zum Beispiel durch gezieltes Lobbying, durchsetzen. In allen beteiligten Gremien haben die Wirtschaftslobbyisten das Sagen. Sie führen die Feder bei der Formulierung des Verhandlungsmandats und bei der Interpretation von Verhandlungsergebnissen. Andere zivilgesellschaftliche Gruppen haben dagegen schwerlich Zugang zu den Verhandlungen, auch die Parlamentarier. Die Konzerne sitzen bei den Ver-

handlungen quasi mit am Tisch. Wir Abgeordnete werden nur im Nachhinein über Verhandlungsergebnisse informiert aber nicht im Voraus über die Verhandlungsagenda und Arbeitspapiere. So können wir auch keinen direkten Einfluss auf das Ergebnis der Verhandlungen nehmen.

Was folgt für die Linksfraktion daraus?

Wir fordern: TTIP stoppen! Die Verhandlungen müssen sofort beendet, das Verhandlungsmandat zurückgenommen werden. Wir wollen nicht nur soziale und ökologische Standards verankern, sondern wir wenden uns gegen die Idee des „Freihandels“. Wir fordern seit langem neue Handelsmandate, die nicht den Freihandel, sondern einen gerechten Handel befördern und die Entwicklungsinteressen der Bevölkerung, Wohlfahrt, Umwelt- und Klimaschutz, soziale Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt stellt, statt Profitmaximierung um jeden Preis. Dasselbe gilt für die Verhandlungen mit Kanada, die – weitgehend unbeachtet von der kritischen Öffentlichkeit – schon wesentlich weiter fortgeschritten sind, als TTIP. Das Freihandelsabkommen mit Kanada kann, wenn es so wie von der EU geplant zustande kommt, TTIP teilweise vorwegnehmen.

Aufruf zum 1. September 2014: „Nie wieder Krieg“!

Beschluss des Parteivorstandes vom 5. Juli 2014

Im Jahr 2014 ist es 75 Jahre her, dass Deutschland den Zweiten Weltkrieg mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann und in der Ermordung von sechs Millionen Juden, Sinti und Roma gipfelte. Im Norden, Westen und Süden wurden im Zuge des Zweiten Weltkrieges Länder in Europa besetzt. Ein wesentlicher Teil des Zweiten Weltkrieges war der Vernichtungskrieg Deutschlands im Osten vor allem gegenüber der damaligen Sowjetunion. Bei den von Deutschen geplanten und ausgeführten Massenverbrechen an der Zivilbevölkerung starben im Kriegsverlauf zwischen 24 und 40 Millionen Bewohner der damaligen Sowjetunion sowie etwa 2,7 Millionen deutsche Soldaten. Dieser Krieg gilt wegen seiner verbrecherischen Ziele, Kriegführung und Ergebnisse allgemein als der „ungeheuerlichste Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg, den die moderne Geschichte kennt“.

DIE LINKE gedenkt der Toten des Zweiten Weltkrieges und ruft 75 Jahre nach

Beginn des Zweiten Weltkrieges und 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges dazu auf, endlich Krieg als Mittel der Politik auszuschließen. „Nie wieder Krieg“ ist für uns historische und aktuelle Verpflichtung. DIE LINKE fordert für Karl Liebknecht, der 1914 gegen die Kriegskredite gestimmt hat, eine Gedenktafel am Reichstag / Bundestagsgebäude.

Auch angesichts dieser historischen Situation wendet sich DIE LINKE in aller Entschiedenheit gegen eine Militarisierung der bundesdeutschen Außen- und Innenpolitik. Die Aufrufe des Bundespräsidenten Joachim Gauck, „auch

zu den Waffen zu greifen“, weisen wir zurück. DIE LINKE stellt sich gegen eine Außenpolitik, die immer mehr militärisch denkt und handelt. DIE LINKE will konsequent eine Zivilisierung der Außenpolitik.

DIE LINKE wendet sich in aller Entschiedenheit gegen die Idee von Ursula von der Leyen auch für die Bundeswehr Kampfdrohnen zu beschaffen. Den laufenden ‚geheimen Krieg‘ (mit Kampfdrohnen u.a.) über US-amerikanische Stützpunkte in Deutschland, lehnt DIE LINKE klar ab. ‚Der Krieg beginnt hier‘ in militärischen Liegenschaften der Bundeswehr und der Alliierten. Kampf-

drohnen werden bereits heute im wachsenden Maßstab von US-Armee und CIA zur Durchführung von „gezielten Tötungen“ durchgeführt – in Pakistan, Somalia und Jemen. Diese Drohnen werden auch von Militärstandorten in Deutschland koordiniert, wie AFRICOM in Stuttgart oder Ramstein. Die Bundesregierung nimmt das nicht nur stillschweigend hin, sondern kooperiert auf der Ebene der Geheimdienste mit den USA bei der Durchführung dieser Mordoperationen. Kampf-Drohnen müs-



Informationen aus erster Hand:

Das Magazin der Linksfraktion im Bundestag zum Kennenlernen und Abonnieren.

Jetzt kostenfrei abonnieren

über www.linksfraktion.de/bestellen
per E-Mail an versand@linksfraktion.de
oder per Telefon 030/22 75 11 70.

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

sen international geächtet werden. DIE LINKE ist gegen die Etablierung einer Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung.

Der NATO-Generalsekretär kündigte an, dass höhere Militärausgaben beim NATO-Gipfel am 4./5. September in Wales „ein wichtiger Punkt“ seien. DIE LINKE lehnt die Erhöhung von Militärausgaben, also eine weitere Aufrüstung, ab und kritisiert die neue Rolle der NATO (auch im Ukraine-Konflikt). Eine Stationierung von Soldaten oder Waffen der NATO oder Bundeswehr an den Grenzen zu Russland ist nicht deeskalierend und lehnt DIE LINKE ab.

In Bezug auf die Ukraine fordert DIE LINKE ein Ende sämtlicher militärischen Aktionen und eine Verhandlungslösung unter Beteiligung aller Konfliktparteien, auch der Akteure in der Ostukraine. Faschistische Kräfte dürfen auch in der Ukraine keine Rolle spielen. Die Bundesregierung ist aufgefordert auf die ukrainische Regierung von Petro Poroschenko Einfluss zu nehmen, um eine wirksame Waffenruhe und einen Waffenstillstand zu erreichen. Die Beschließung von Zivilbevölkerung muss endlich beendet werden.

In Afghanistan und insbesondere auch im Irak stehen die kriegführenden Staaten vor den Trümmern ihrer eigenen militärischen Logik. Mit der Waffe in der Hand lässt sich keine Demokratie verbreiten, lassen sich keine Konflikte lösen, lassen sich keine Menschenrechte schützen.

Noch nie zuvor hat eine Bundesregierung in so kurzer Zeit so viele Auslandseinsätze der Bundeswehr im Bundestag beschließen lassen, wie die derzeitige CDU/CSU/SPD-Bundesregierung. DIE LINKE fordert ein Ende dieser Bundeswehreinätze.

Die internationale Politik der LINKEN zielt auf Abrüstung und Entmilitarisierung. Derzeit ist Deutschland

Sogenannte „Montagsmahnwachen“

Montägliche Facebookevents rechter, nationaler und verschwörungstheoretischer Strippenzieher suchen und finden anschlussfähige Betroffenheitswirrnis

Montag, 26.5.2014, ca. 19 Uhr vor dem Hauptbahnhof Mannheim: Etwa 70 bis 90 Leute sammeln sich vor einem PKW aus dem Odenwaldkreis mit Lautsprecher und Mischpult. Bis kurz vorher war das Wetter noch schlecht, klart dann aber auf. Ein Teil der Interessierten hat unter dem breiten Schirmdach eines Imbiss-Cafés Platz genommen. Der Betreiber liefert Strom für die Lautsprecher und freut sich dafür sichtlich über den guten Getränke- und Speisenumsatz.

Das Publikum: in der Mehrzahl Leute zwischen 18 und 35 und offensichtlich social-mediamäßig gut angekoppelt. Viele vertreiben sich dementsprechend auch mit Smartphonetippen und/oder

100 Jahre Erster Weltkrieg: DIE LINKE im Bundestag fordert Gedenktafel für Karl Liebknecht

Der Bundestag wolle beschließen: Der Deutsche Bundestag stellt fest: Die wirtschaftlichen Eliten des deutschen Kaiserreiches und seine politische und militärische Führung trugen die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Der Bundestag bekennt sich zur deutschen Verantwortung und wendet sich gegen eine Deutung, die die Schuld am Ausbruch des Krieges vielen Beteiligten zu gleichen Teilen und damit niemandem konkret zuweist. Eine Entlastung von dieser Verantwortung darf es schon allein deshalb nicht geben, weil wirtschaftliche und geopolitische Interessen, die zum Ersten Weltkrieg geführt haben, strukturell fortbestehen und potenziell kriegsgefährlich bleiben. Expansive Interessen einzuhegen und den Frieden in Europa zu sichern, bleibt vordringliche Aufgabe der deutschen und europäischen Zivilgesellschaften und ihrer Parlamente.

Die Millionen Toten der beiden Weltkriege mahnen uns: Es darf in Europa nie wieder Krieg sein. Und es darf von Europa nie wieder Krieg ausgehen. Stattdessen muss die internationale Politik unterschiedliche Interessen anerkennen und ausgleichen, auf die Erhaltung des Friedens ausgerichtet sein und darauf verzichten, einseitige Interessen gegen den Willen von Nachbarn durchzusetzen. Das gilt auch angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen in der Ukraine und ihres Widerhalls im Verhältnis Deutschlands und der Eu-

ropäischen Union zur Russischen Föderation. Der Bundestag begrüßt alle zivilgesellschaftlichen Initiativen des Gedenkens an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren, die auf die Erinnerung an die Toten, auf die Benennung von konkreter Verantwortung und Schuld, auf die Würdigung des Widerstands gegen den Krieg und auf die Sicherung von Frieden als aktuelle Aufgabe ausgerichtet sind.

Der Bundestag würdigt den Mut derjenigen, die vor hundert Jahren Nein zum Krieg sagten. Ein besonderer Platz im Gedenken gebührt dem SPD-Abgeordneten Karl Liebknecht, der sich am 2. Dezember 1914 als erster und zunächst einziger deutscher Parlamentarier im Reichstag der Finanzierung des Ersten Weltkriegs widersetzte, damit weitere Abgeordnete, die sich ihm in späteren Abstimmungen anschlossen, und vielen Menschen, die sich außerhalb des Reichstags gegen den Krieg aussprachen, ermutigte und nachfolgenden Generationen ein wichtiges Beispiel parlamentarischer Verantwortung, freien Gewissens und von Zivilcourage gab.

II. Der Deutsche Bundestag würdigt die Ablehnung der Kriegskredite durch den SPD-Abgeordneten Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 mit der Anbringung einer Gedenktafel am Reichstagsgebäude zum hundertsten Jahrestag.
Berlin, den 1. Juli 2014, Dr. Gregor Gysi und Fraktion

der weltweit drittgrößte Exporteur von Waffen. Jede Waffe, die aus Deutschland exportiert wird, dient der Aufrüstung eines anderen Landes, fördert Unterdrückung und macht es möglich, dass an-

derswo in der Welt Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden. DIE LINKE fordert ein Verbot aller Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte – ohne Ausnahmen.

-lesen die Zeit. Als „Eventeintrag“ in Facebook (öffentlich, „Gastgeber ‚Caroline Nürnberg‘ und drei weitere Personen“) ist das Treffen vor dem Bahnhof für den 26.5. als „2. Mannheimer Mahnwache“ angekündigt. (Für den 9.6. zum 4. Treffen jetzt „Caroline Nürnberg“ und 5 weitere Personen). Aufgelistet dazu dann, wer schon alles da war, „Verlinkungen“ zu Ken Jebsen, Lars Märholz, Jürgen Elsässer und anderen (dazu später) und sonstiges eben, Bilder, Videos etc.

Im Aufruf zu den Montagsmahnwachen in Mannheim, der, wie nicht anders zu erwarten, über Facebook und Co. (öffentlich im Internet) verbreitet wird, heißt es u.a:

„Seit gut sieben Wochen finden in der Bundesrepublik Deutschland „Mahnwachen für den Frieden“ statt.

Sie werden organisiert von normalen Bürgern wie du und ich es sind, die es satt haben zuzugucken, wie mit ganzen Völkern makabere geopolitische Spiele gespielt werden. Die ihre Stimme erheben wollen – GEWALTLOS – UNPARTEIISCH !!!

Genau genommen sind es auch gar keine Demonstrationen, denn hier wird gar nicht, wie sonst üblich, GEGEN etwas demonstriert. Letztlich handelt es sich um Mahnwachen. Mahnwachen FÜR den Frieden.

Der Frieden ist in Europa massiv

gefährdet!

Henry Ford sagte: „Verstünden die Menschen heute Abend das Geldsystem, gäbe es schon morgen früh eine Revolution!“

Doch werden die Menschen nicht über die Zusammenhänge von Finanzsystem und Krieg informiert. „Jeder Krieg beginnt mit einer Lüge.“ sagte Dr. Andreas von Bülow ehemaliger Bundesminister im ZDF und traf damit den Nagel auf den Kopf.

ES REICHT!

Lasst uns unsere Stimmen erheben,

– Für globalen Frieden und Völkerverständigung

– Für echte Demokratie und die Bewahrung und Umsetzung unserer Menschenrechte

– Für ein nachhaltiges und gerechtes Wirtschaftssystem

– Für eine unabhängige und ehrliche Presse und Berichterstattung

– Für eine gesunde und nachhaltige Ernährung

JEDER ist willkommen sich uns anzuschließen, uns zu unterstützen.

SEID DABEI HELFT MIT FÜR EINE BESSERE WELT! Jeder MONTAG 19 UHR MANNHEIM !!!“

Was völlig fehlt im mahnwachenden Friedensaufruf: der Kampf gegen Krieg, die Kritik der deutschen, europäischen, amerikanischen, aber auch russischen Regierungspolitik, die Unterstützung von Wegen und Vorschlägen zur Ausöhnung und für Frieden in der Ukraine.

Betroffenheitswirrnis, an die sich von rechts anschließen lässt

Dafür enthält der Aufruf viele der Betroffenheitsstichpunkte, an denen die Organisatoren („das Organisationsteam“ wie es sich nennt, ohne Namen zu nennen) dann mit ihren Beiträgen anknüpfen werden: Friedenswunsch, betroffene Bürger, die gegen die Mächtigen ihre Stimme erheben, es gibt kein Rechts oder Links, sondern nur Unten oder Oben, das undurchsichtige Geld- und Finanzsystem, die lügende Presse, Jeder kann bei sich anfangen, gesunde Ernährung, die von allen Seiten bedroht wird (Genmanipulation, Nahrungsmittelkonzerne usw.). Der Aufruf endet dann mit einem „Verhaltenskodex“, in dem es heißt: „Keine Parteienwerbung: Diese Veranstaltung wird von parteilosen Menschen organisiert. Bitte lasst daher auch eure Parteiplakate und anderes Parteimaterial zu Hause. Ihr habt eine eigene Meinung!“

Wenn allerdings das „Organisationsteam“ vor Ort, bestehend aus in jeder Hinsicht parteiischen „parteilosen Menschen“, die Events nicht mehr richtig im Griff hat – wie kürzlich in Erfurt geschehen, wo Mitglieder der Linken einfach Wahlmaterial verteilt haben und jemand öffentlich sagte, die Linke zu

wählen, das wäre was – ja dann wird so ein Organisationsteam eben direkt aus Berlin (wie man hört) abgesetzt und Jürgen Elsässer muss schnell mal hin, um auszurichten. Aber dazu später.

Zurück zu Mannheim am 26.5., wo es ja noch nicht soweit gekommen ist.

Zunächst erklärt ein Herr etwas gesetzteren Alters – ansonsten am Mischpult – den Verhaltenskodex. Dann folgen verschiedene Beiträge, die von allem möglichen handeln außer vom Kampf gegen den Krieg und für Frieden.

Chris/Christos erzählt was darüber, dass die Gesellschaft und Wirtschaft immer nur irgendwelchen anderen nützt, aber nicht uns, was sie doch eigentlich sollte, und dass jetzt ganz viele interessante Beiträge kämen. Ach, und von Caro (also „Caroline Nürnberg“) soll er noch schöne Grüße sagen, und dass sie leider nicht hier sein kann, weil sie heute in Dresden ist und dort organmäßig einiges klären muss. Dann kommt nochmal der Herr vom Mischpult und lässt sich über die „sogenannte Demokratie“ und „die Politiker“ aus. Seine Anschlussfrage an das Publikum: „...jetzt frage ich mal: wenn jemand seinen Arbeitgeber in der Öffentlichkeit schlecht macht, was passiert dann?“ – Aus dem Publikum: „Der fliegt raus“. Der Herr vom Mischpult: „Riiichtig, der fliegt raus!“. Nur in der Politik, wo die Politiker uns hereinlegen, da geht das nicht. In dem Stil und von der Qualität geht es weiter. Außerdem seien die Politiker wie Steinmeier sowieso von den USA gekauft und fremdbestimmt. Die USA schieben Deutschland zunächst vor und übernehmen dann in der Ukraine das Ruder. Die Dummen sind die Deutschen. „Ihr seid der Souverän, schaut den Politikern auf die Finger“ und Steinmeier muss weg. Schlechte, platte, reaktionärste Demagogie, die das jugendliche Publikum aber nicht weiter zu stören scheint.

Jetzt kommt ein weiterer Redner, der sich in leicht weinerlichem Ton mit den Angriffen gegen die neue „Friedensbewegung 2014“, wie sie von den Organisatoren genannt wird, und gegen die neuen Montagsmahnwachen beschäftigt. Alles das sei nicht wahr, man sei nicht rechts und was da sonst noch alles gesagt würde, das stimme einfach nicht.

Wie zur Bestätigung der Kritik an diesen neurechten „Events“ kommt jetzt ein Beitrag, der sich ausführlich mit der „Presse- und Journalistenverschwörung“ zum Ukrainekonflikt befasst. Naheliegender wäre, die richtige Annahme in großen Teilen der Bevölkerung zu unterstützen, dass die Frontstellung gegen Russland falsch ist, und dass es deshalb bisher der falschen und selektiven Berichterstattung auch nicht gelingt, diese öffentliche Meinung zu kippen. Aber nein: das Hauptproblem sind geheime Verbindungen zwischen den Journalis-

ten, die uns geplant und persönlich koordiniert von Instituten im Hintergrund Falsches einhämmern wollen. Dann folgt die Aufforderung zu Shitstorms gegen Journalisten.

Dann geht es weiter mit Beiträgen zur Wirtschaft und zur US-Fremdbestimmung Deutschlands. Da steht bekanntlich die Federal Reserve Bank in den USA im Hintergrund, die alles über den Zins steuert, und das Geldsystem ist sowieso von Übel. Und jetzt noch TTIP. Überhaupt USA: da darf die Verschönerung vom 11. September nicht fehlen. Wie sicher bekannt: der englische Sender BBC hätte die Zerstörung der Türme gemeldet, da wären sie noch nicht zerstört gewesen.

Schließlich nähern sich die Beiträge wieder dem persönlichen Leben und zwar über? – ... das vergiftete Essen. Hier sind die mächtigen Lebensmittelkonzerne mit Genmanipulation und Vergiftung unseres Essens am Werk. Aber, wir können etwas dagegen tun: durch Information und gesundes Essen.

Damit ist dann auch schon die Überleitung zum „offenen Mikrofon“ gegeben. Hier ist nun jeder und jede aufgefordert, zu sagen, was sie oder ihn bewegt. Zaghafte kommen kurze Wortmeldungen und Beiträge zustande über Betroffenheit, Friedenswunsch und richtiges Essen.

Schließlich geht die Veranstaltung ihrem Ende zu. Es werden noch Meinungsausrufe auf das Pflaster gemalt und fürs nächste Mal werden Flyer angekündigt, mit denen man mehr Menschen zu den Montagsmahnwachen mobilisieren will.

Die Strippenzieher und Stichwortgeber

Wer sind die Strippenzieher und ideologischen Stichwortgeber dieser demagogisch aufgezogenen und reaktionär ausgerichteten „Events“, genannt „Montagsmahnwachen“ der angeblichen „Friedensbewegung 2014“?

Diese Inszenierung nahm vor einigen Wochen ihren Ausgangspunkt in Berlin, wo sich dann auch schon mal über 1000 Menschen an Montagen zusammentreffen lassen.

Die zentralen Figuren, die ihren Einfluss über Auftritte auf Montagsmahnwachen vor allem in Berlin, über Social-Media-Beiträge und sicherlich über das Netz der „Organisationsteams“ geltend machen, sind offensichtlich:

Lars Märholz: Märholz gilt als der Initiator der Montagsmahnwachen, zu denen er über Facebook aufrief. Über ihn schreibt die antifaschistische Plattform linksunten.indymedia.org: „Auf seiner am 17. März 2014 gehaltenen Rede sagte Märholz was zu den Motiven, die ihn zum Aufruf veranlassten: Seit Wochen beschäftigt er sich ‚mit der

politischen Situation in der Ukraine und schon viel länger mit politischem Weltgeschehen, Medien, Banken, Wirtschaft und Börsen. Bis zu dieser Veranstaltung war der passionierte Fallschirmspringer in der virtuellen Öffentlichkeit politisch nicht präsent. Lars Mährholz war bzw. ist Inhaber mehrerer Unternehmen im Bereich Eventmanagement und ist stellvertretender Geschäftsführer zweier Beherbergungsbetriebe. Auf seinen Internetseiten „hat Mährholz ein Sammelsurium politischer Statements eingestellt. Als Referenzen dienen überwiegend antisemitische, rechte oder verschwörungsideologische Internetseiten.“

Jürgen Elsässer: In den 70er und 80er Jahren war Elsässer Mitglied des Kommunistischen Bundes (KB) in Hamburg und Redakteur der Zeitung „Arbeiterkampf“. „Elsässer gilt als einer der ursprünglichen Protagonisten der Antideutschen, hat sich von dieser Strömung jedoch abgewandt und vertrat darauf hin, nach seinem Konflikt mit der Monatszeitschrift konkret, für die er von den 1990er Jahren bis 2002/03 regelmäßig Artikel geschrieben hatte, eine aus dem leninistischen Antiimperialismus abgeleitete Position der ‚Anti-Imperialisten‘. 2009 gründete Elsässer die auch für das rechte Spektrum offenstehende Volksinitiative gegen das Finanzkapital, die innerhalb der politischen Linken überwiegend auf Ablehnung stieß. Seit Ende 2010 ist er Chefredakteur des politischen Monatsmagazins Compact, in welchem er u.a. rechtspopulistischen und verschwörungstheoretischen Positionen ein Forum bietet.“ (Wikipedia)

Ken Jebsen: ursprünglich Moustafa Kashefi, „...ist ein deutsch-iranischer Fernseh-Radiomoderator und seit 2011 als freischaffender Reporter tätig. Deutschlandweit bekannt wurde Jebsen 2011 durch seine Entlassung beim RBB (Radio Berlin-Brandenburg), nachdem er verschwörungstheoretische Positionen vertreten hatte und der Vorwurf des Antisemitismus gegen ihn erhoben worden war.“ (Wikipedia)

Andreas Popp: ist ein weiterer Redner auf Mahnwachen in Berlin und anderswo. Er hat angeblich als Immobilienmakler inzwischen ausgesorgt, wie er verlauten lässt und widmet sich daher der rechten Politik. Sein Hauptthema neben Kampf gegen Fremdherrschaft und Verschwörung gegen Deutschland ist Medien- und Wahlboykott.

Inzwischen wird auch NPD-Führungspersonal bei den Montagsmahnwachen gesichtet, berichtet die „Taz“. Die „Taz“ schreibt am 22.4.2014: „Rechte Montagsdemo in Berlin – Revisionistische Friedensengel. Sie wollen weder rechts noch links sein: Ex-Linke, Verschwörungstheoretiker und NPD-Kader kommen im Namen des Friedens zusammen.“ Weiter berichtet die „Taz“:

„Montagsdemo-Initiator Lars Mährholz hatte für die ambitionierte Aufgabe, die rechten Tendenzen seiner Bewegung zu negieren, deren Spitzenpersonal geladen. Neben ihm traten Compact-Herausgeber Jürgen Elsässer und Verschwörungstheoretiker Andreas Popp auf, im Publikum befand sich der ehemalige RBB-Moderator Ken Jebsen. Mährholz selbst gab die zentralen Botschaften des Abends vor. Die eine war, dass es „Bullshit“ sei, dass seine Bewegung dem rechten Spektrum entspringe und in diesen Gewässern fische. Dass sie bald etwas verändern werde, mit Millionen von Menschen, europaweit, war die andere.“

Eigentlich unnötig kontroverse Diskussionen über den „Umgang“ mit den Montagsmahnwachen

In der Friedensbewegung und in der Partei die Linke gibt es – eigentlich überraschender Weise – durchaus kontroverse Diskussionen darüber, welche Politik gegenüber diesem seltsamen Gemisch von persönlicher Betroffenheit, Friedenswünschen, versteckter oder offener Furcht vor undurchsichtiger „Fremdbestimmung“ auf der einen Seite und handfestem, reaktionären Kalkül durchtriebener nationalistischer Demagogen auf der anderen Seite, eingeschlagen werden soll.

Aus den Reihen der Linken gab es einen Aufruf für eine „solidarische Auseinandersetzung“ mit der „neuen Friedensbewegung“ der „Montagsmahnwachen“. Diether Dehm und Wolfgang Gehrcke (der eine ehemaliges, der andere aktuelles Mitglied des Parteivorstandes) hielten es für notwendig „noch einen drauf“ zu setzen (wie sie sagen) und im ideologischen rechten Sammelsurium der neuen Montagsmahnwachen womöglich doch noch irgendwie gemeinsame Themen zu entdecken. Konstantin Wecker – der ehrenwerte und engagierte Liedermacher – begibt sich aufs Feld der größeren Politik und will sich differenziert mit den Anliegen der Montagsmahnwachen befassen.

Jetzt mal langsam. Wer falsche Fragen stellt, produziert die falschen Antworten gleich mit.

Mit den Montagsmahnwachen kann sich die Friedensbewegung und die Linke – die mehr ist, als die Partei die Linke – nicht „solidarisch“ auseinandersetzen. Erstens: gibt es keine „neue Friedensbewegung 2014“, sondern es gibt die Inszenierung der „Montagsmahnwachen“. Zweitens: die Montagsmahnwachen muss man erstmal nehmen als das, was sie sind: Von „oben“, also zentralistisch angesetzte Inszenierung unter Missbrauch der Gefühle und der Betroffenheit von Menschen. Auseinandersetzen muss man sich also erstmal mit den Initiatoren und den Organisatoren/innen. Viele Leute, die daran teilnehmen – aber

nicht alle – nehmen daran mit subjektiv friedensinteressierten Motiven oder eben einfach auch aus gewisser Neugierde und Interesse teil. Drittens: Jeder und jede, die an diesen über Facebook und Co. inszenierten „Events“ teilnehmen, muss sich doch als erwachsener Mensch fragen lassen, ob er/sie sich im Klaren ist, für was und für wen sie dort die Staffage abgeben. Und viertens: selbstverständlich setzen wir uns immer dafür ein, dass Mit- und Aufläufer/innen falscher Ideologien für Richtiges gewonnen werden. Das ist ja nun wirklich nicht neu. Auch z.B. die AfD hat viele Unterstützerinnen und Unterstützer – manche auch frühere Wählerinnen und Wähler der Linken – die wir für fortschrittliche Politik gewinnen wollen. Deswegen rufen wir doch nicht zur „solidarischen“ Auseinandersetzung mit „der“ AfD auf.

Der Vorstand der Partei die Linke hat am 25./26.Mai 2014 einen klaren Beschluss gefasst: „Für Frieden und Deeskalation in der Ukraine – Heraus zum 31. Mai – keine Unterstützung von rechtsextrem, verschwörungstheoretisch und antisemitisch durchgesetzten Veranstaltungen der sogenannten Friedensbewegung 2014“ (<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand-2014-2016/beschlusse/fuer-frieden-und-deeskalation-in-der-ukraine/>)

Klare Abgrenzung gegen rechts ist wichtig. Aber, ein Problem in der Frage, wie gehen wir um mit den Montagsmahnwachen, ist doch auch, dass die Friedensbewegung und die Linke (im weiteren Sinne) die konkreten Aktionsvorschläge, und die notwendigen Aufklärungsmaßnahmen über den Konflikt um die Ukraine auch erst noch finden muss.

Als Nächstes tut qualifizierte Aufklärung Not und die Vertretung von Forderungen gegen die Politik der Bundesregierung, die maßgeblich die Politik der EU gegenüber Osteuropa, der Ukraine und Russland bestimmt.

Das friedensinteressierte Publikum der sog. „Montagsmahnwachen“ (von den Veranstaltern „Friedensbewegung 2014“ tituliert) sollten wir also einladen, sich an den örtlichen Aktivitäten der Friedens- und Antikriegsbewegung der nächsten Zeit zu beteiligen.

Zur weiteren Information zu den Hintermännern und öffentlichen Stichwortgebern nachfolgend zwei Links:

Ein Interview des Bermudafunks mit Volkmar Wölk <http://www.freie-radios.net/64032>. Volkmar Wölk ist seit mehr als zwei Jahrzehnten Mitherausgeber der Antifaschistischen Nachrichten und Mitarbeiter der Zeitschrift der „Rechte Rand“. Ein aufschlussreicher Beitrag zum genannten Personenkreis brachte auch die Sendung Kulturzeit von 3sat: <http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=43784> *Christoph Cornides*



Geschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

Geschäftsführender Landesvorstand

Christoph Cornides (Landeschatzmeister), Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@die-linke-bw.de. • Sahra Mirow, sahra.mirow@die-linke-bw.de • Heidi Scharf, heidi.scharf@die-linke-bw.de • Bernhard Strasdeit (Landeschäftsführung), Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@die-linke-bw.de • Dirk Spöri, dirk.spoeri@die-linke-bw.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg Iban: DE58 6001 0070 0289 5827 00, BIC: PBNKDEFF (BLZ 600 100 70, Konto 289582700)

Kreisverbände

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de. Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Uli Widmann, 88491 Riedlingen, 07371/3390, uliwidmann@aol.com, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, eMail: detlef.boehnert@dielinke-bodensee.de

Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Böblingen, Wilhelmstr.

24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

siehe auch Regionalbüro Freiburg, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-pro-handel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Heinrich Brinker, Telefon: 07021/72847, Mail: heinrich_brinker@t-online.de, Net: www.die-linke-esslingen.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffenegggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: vorstand@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Über Landesgeschäftsstelle

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

Heidelberg / Badische Bergstraße

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Str. 14, 69469 Weinheim, Tel: 06201/876758; Mail: carsten.labudda@dielinke-kv-heidelberg.de; Net: www.dielinke-kv-heidelberg.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@voith.com

Heilbronn

Volker Bohn, Maulbronner Straße 4/1, 74336 Brackenheim, 0151-14906528, volker.bohn@die-linke-heilbronn.de Florian Vollert, Amselweg 7, 74189 Weinsberg, 0176-23787711, florian.vollert@dielinke-heilbronn.de

Hohenlohe / Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Künzelsau, Tel.: 07940-931750, Mail: ErnstKern@gmx.de. www.die-linke.sha.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Kraichgau-Neckar-Odenwald

Sascha Morr, Taubenweg 2, 69436 Schönbrunn; www.die-linke-kno.de bernd.malmberg@die-linke-kno.de

Lörrach

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstraße 21, 79539 Lörrach, Mail: kreisvorstand@dielinke-loerrach.de; Net: www.dielinke-loerrach.de

Ludwigsburg

Sebastian Lucke, Mobil: 0175 564 99 35, Mail: sebastian.lucke@hotmail.de; Web: http://www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB) • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, info@die-linke-pforzheim.de. www.die-linke-pforzheim.de

Ravensburg

Michael Konieczny, Webergasse 9, 88299 Leutkirch, Tel.: 0162-1332334, Mail: m_konie@web.de, www.die-linke-ravensburg.de

Rems-Murr

Udo Rauhut, Lange Str. 29, 71394 Kernen, 0170/9361649, udo.rauhut@die-linke-rems-murr.eu. Reinhard Neudorfer, Fronackerstr. 18, 71332 Waiblingen, reinhard.neudorfer@die-linke-rems-murr.eu. www.dielinke-rems-murr.de

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Rhein-Haardt

Heinrich Stürtz, Tel. 06221/4311910, email: H.L.Stuertz@gmx.net

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikő Riek-Nagy, Rottweil, Paul Wachter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

Sigmaringen

Über Landesgeschäftsstelle

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754- 929243, paul.barrois@web.de, Nicole Stadler, nstadler@dator.de. www.die-linke-waldshut.de,

Zollernalb

Über Landesgeschäftsstelle Stuttgart

Zusammenschlüsse

LAG Antifa

Reinhard Neudorfer, 07151-54806, ckramerneudorfer@onlinehome.de

LAG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 0162-2352964, mail@stefandreher.de

LAG Bildung

Erhard Korn, lag-bildung@kabelbw.de

LAG Bürgerrechte und Demokratie

Dr. Edgar Wunder, 0151-22671258, mail@edgarwunder.de

LAG Forum Demokratischer Sozialismus

Lars Hilbig, 0171-7096730, lars.hilbig@forum-ds.de

LAG Frieden

Thomas Haschke, 0711-81477965, thomas.haschke@gmx.de

LAG Frauen

Susanne Weiß, susannegweiss@gmail.com

LAG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 0761-131516, lothar_schuchmann@gmx.de

LAG Grundeinkommen

Eva-Maria Glathe-Braun, 0731-evamaria_glathe@gmx.de

LAG Hartz IV

Jan Albers, 06203-6007596, jan.albers.maerz.1980@google-mail.com

LAG Kommunistische Plattform

Renata Eckhoff, 07331-66520, renata.eckhoff@t-online.de

LAG Linke Unternehmer/innen

Volker Bohn, 0151-14906528, volker.bohn@dielinkeunterland.de

LAG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer, 0170-wolfgang-kaemmerer@t-online.de

LAG Queer

Christian Stähle, 0171-9181900, Stadtrat-Staehle@gmx.de

LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Gotthilf Lorch, 07071-369783, gotthilf.lorch@amici-tue.de

Hochschulgruppen DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: die-linke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestags-abgeordnete

Regionalbüro Ostwürttemberg

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm.

Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe
Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggung 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel.

(0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net
Stuttgart Bürgerbüro, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart; michael.schlecht@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Annette Groth

MdB-Büro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, Annette.Groth@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Aufgeführt sind die alle bekannten Mandatsträger/innen, die Mitglieder der LINKEN sind oder über (Bündnis-)Listen der LINKEN gewählt wurden.

Regionalversammlung Stuttgart

Wolfgang Hoepfner (Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org), Friedhelm Hoffmann (Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org), Christoph Ozasek (Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org), Peter Rauscher (p.rauscher@ntz.de)

Kreistage

BIBERACH: Ulrich Widmann (uliwidmann@aol.com); **BÖBLINGEN:** Markus Arnold (markus.arnold.bb@gmx.de), Norbert Fübinger (nfeuussinger@web.de), Brigitte Ostmeyer (brigitte.ostmeyer@die-linke.de); **BODENSEE:** Roberto Salerno (roberto.salerno@gmx.de), Roland Biniossek (roland.biniossek@arcor.de); **ESSLINGEN:** Peter Rauscher (p.rauscher@ntz.de), Jochen Findeisen (attacnt@yahoo.de), Reinhold Riedel (reinhold.riedel@tele2.de); **GÖPPINGEN:** Christian Staehle (Stadtrat-Staehle@gmx.de); **HEIDENHEIM,** Horst Mack (horst.mack@linke-heidenheim.de); **HEILBRONN:** Johannes Müllerschön (johmuellerschoen@nexgo), Florian Vollert (florian.vollert@gmx.de); **HOHENLOHE:** Ernst Kern (ernstkernel@gmx.de); **KARLSRUHE:** Jürgen Creutzmann (creutzmannjuergen@web.de); **KONSTANZ:** Marco Radojevic (marco.radojevic@gmx.de), Hans-Peter Koch (hpk.kn@t-online.de); **LUDWIGSBURG:** Hans-Jürgen Kemmerle (kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de), Peter Schimke

(peter.schimke@gmx.de), Walter Kubach (walter.kubach@t-online.de), Annegret Jeziorski (taz_anne2003@yahoo.de); **MAIN-TAUBER:** Rolf Grüning (rechtsanwalt-gruening@t-online.de); **ORTENAU:** Andreas Kirchgeßner (solylibertad@web.de), Lukas Oßwald (lukas.forstarbeiten@gmx.de); **OSTALB:** Veronika Stossun (stossun@online.de), Cynthia Schneider (cynthiaschneider24@gmail.com); **RAVENSBURG:** Till Bastian (t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de), Lars Raible (lars.raible@web.de); **REMS-MURR:** Stephan Kober (st.kober@arcor.de), Christian Hinrichsen (christian.hinrichsen@dielinke-rems-murr.de); **REUTLINGEN:** Petra Braun-Seitz (p.braunseitz@t-online.de), Thomas Ziegler (ziegler.rae@gmx.de); **RHEIN-NECKAR:** Edgar Wunder (mail@edgarwunder.de), Carsten Labudda (carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de), Detlef Gräser (d.graeser@web.de), Mandy Vacklahovsky (vacklahovsky@gmail.com); **TÜBINGEN:** Bernhard Strasdeit (strasdeit@t-online.de), Margit Paal (maggie@lu15.de), Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de), Gisela Kehler-Bleicher (kehrer-bleicher@t-online.de); **WALDSHUT:** Norbert Portele (portelegreiner@t-online.de); **ZOLLERNALB:** Andreas Hauser (a.u.t.hauser@t-online.de)

Stadt- und Gemeinderäte

AALEN: Roland Hamm (roland.hamm@gmx.de), Cora Berreth (coraberreth@gmx.de); **BAD SÄCKINGEN:** Angelo de Rosa (2066@freenet.de); **BIBERACH:** Ralph Heidenreich (ralph@ralph-heidenreich.de); **BRACKENHEIM:** Volker Bohn (volker.bohn@dielinke-unterland.de); **BRETTEN:** Hermann Fülberth (h.fuelberth@gmx.de); **BRUCHSAL:** Thurid Feldmann (info@thuridfeldmann.de); **FELLBACH:** Christian Hinrichsen (christian.hinrichsen@dielinke-rems-murr.de); **ESSLINGEN:** Werner Bolzhauser (kulturamrande@kulturamrande.de), Tobias Hardt (tobiashardt@web.de); **FREIBURG:** Michael Moos (michael.moos@linke-liste-freiburg.de), Hendrikk Guzzoni (hst.guzzoni@web.de), Ulrike Schubert (ulmischubert@gmx.de), Lothar Schuchmann (lothar_schuchmann@gmx.de); **FRIEDRICHSHAFEN:** Josef Mayer (seppmayer@buchholz6.de); **GEISLINGEN:** Holger Schrag (holger.schrag@sch-it.de); **GÖPPINGEN:** Christian Staehle (Stadtrat-Staehle@gmx.de), Hüsnüye Yalcinkaya; **HEIDELBERG:** Sahnra Mirow (sahramirow@googlemail.com), Bernd Zieger (zieger-b@t-online.de), Hildgard Stolz (hilde.stolz@t-online.de); **HEIDENHEIM,** Horst Mack

(horst.mack@linke-heidenheim.de), Norbert Fandrich (lisa.fandrich@t-online.de); **HEILBRONN:** Bettina Michaelis (bttn.michaelis@googlemail.com), Hasso Ehinger (ehinger.hasso@web.de); **KARLSRUHE:** Nikolaos Fostiropoulos (niko@fostiropoulos.de), Sabine Zürn (sabinez@viacanale.de); **KONSTANZ:** Holger Reile (h.reile@seemoz.de), Anke Andrea Schwede (anke.schwede@polyma.com); **KORNWESTHEIM:** Friedhelm Hoffmann (Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org); **LAHR:** Lukas Oßwald (lukas.forstarbeiten@gmx.de), Sonja Rehm (sonja.kucha@googlemail.com); **LEONBERG:** Gitte Hutter (lalunahug@web.de); **LÖRRACH:** Mateo Di Prima (m.diprima@web.de); **LUDWIGSBURG:** Oliver Kube (oli.kube@web.de), Claudia Dziubas (claudidz@yahoo.de); **MANNHEIM:** Thomas Trüper (thomas.trueper@mannheim.de), Gökyay Akbulut (goekayakbulut@gmail.com), Julien Ferrat (julien.ferrat@yahoo.de); **PFORZHEIM:** Claus Spohn (claus.spohn@online.de), Peter Pfeiffelmann (info@dielinke-pforzheim.de); **REUTLINGEN:** Thomas Ziegler (ziegler.rae@gmx.de), Jessica Tatti (jessica.tatti@gmx.de); **ROTTENBURG AM NECKAR:** Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de), Christian Hörburger (hoer.obernau@t-online.de), **SCHWÄBISCH GMÜND:** Sebastian Fritz (seba-fritz8@web.de), Hubert Buchstaller (chirurgie-buch@t-online.de), Cynthia Schneider (cynthiaschneider24@gmail.com); **SINDELINGEN:** Richard Pitterle (richard.pitterle@linke-bb.de), Margarete Mohr (peggy_mohr@gmx.de); **SIPPLINGEN:** Manuel Müller (mueller.siplingen@gmx.de); **STUTTGART:** Thomas Adler (tomadler@01019freenet.de), Laura-Zarita Halding-Hoppenreit (lauraskingsclub@aol.com), Christoph Ozasek (Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org); **TÜBINGEN:** Gerlinde Strasdeit (strasdeit@t-online.de), Gotthilf Lorch (gotthilf.lorch@amici-tue.de), Gitta Rosenkranz (gh.rosenkranz@googlemail.com), Felix Schreiber (felix.s@hotmail.de); **ÜBERLINGEN:** Monika Behl (monikabehl@gmx.net), Roland Biniossek (roland.biniossek@arcor.de); **ULM:** Uwe Peiker (uwe.peiker@t-online.de), Doris Schiele (dorisschiele@gmx.net); **WEINHEIM:** Carsten Labudda (carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de), Matthias Hördt (mhoerdt@gmx.net); **WALDSHUT-TIENGEN:** Paul Klahn (paulhklahn@gmx.net)



Rückblick auf den Kommunal- und Europawahlkampf 2014 in Baden-Württemberg

Hilfe für Flüchtlinge statt Hetze & Rassismus!

Mieten und Strom bezahlbar für alle.

Sozialticket einführen. Bus & Bahn ausbauen.

Sinnvoll: Kitas und Schulessen kostenfrei!

Respekt & Gute Löhne in Pflege & Gesundheit.

DIE LINKE.

umfairteilen: sozial und gerecht in den Kommunen und in Europa.
www.die-linke-bw.de



DIE LINKE.

umfairteilen: sozial und gerecht in den Kommunen und in Europa.

www.die-linke-bw.de